

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

13. und 14. Woche für die Zeit vom 25. März bis 7. April 1899.

Posen, den 10. April 1899.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 70 des Oꝛedownik
vom 25. März 1899:

Die Verbandsbank der polnischen Erwerbs- genossenschaften

beabsichtigt bekanntlich ihr Anlagekapital um eine halbe Million Mark zu erhöhen. Der Kurator der Genossenschaften, Pfarrer Wawrzyniak, sucht diese zu bewegen, die neuen Aktien zu übernehmen. Hiergegen hat sich der Oꝛedownik bereits mehrfach ausgesprochen, und eine der größten Genossenschaften, die Bank Przemyślowska hat es abgelehnt, obiger Anregung des Kurators Folge zu geben. Der Oꝛedownik tadelt es heute entschieden, daß andere große Genossenschaften, wie z. B. die in Schrimm, Kosten, Schroda, GnieŹen und Inowrazlaw bisher dieser Frage gegenüber Stillschweigen beobachten.

„Unsere Ansicht“ — so schreibt das Blatt heute — „ist die, daß das Heranziehen der Kapitalien unserer Genossenschaften zwecks Verstärkung des Anlagekapitals der Verbandsbank, wenn ungünstige Verhältnisse eintreten, eine so gräßliche Katastrophe über unsere Volksversammlung herbeiführen könnte, daß dieselbe hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Folgen nur mit der Thätigkeit der Ansiedelungs-Kommission zu vergleichen wäre. Mögen diejenigen, welche anderer Ansicht sind, diese unsere Meinung für übertrieben und unbegründet ansehen, doch hat bei uns bisher Niemand seine Ansicht in dieser Angelegenheit öffentlich ausgesprochen.“

Trotz dieses „musterhaften“ Schweigens, ungeachtet dessen, daß man die Angelegenheit „solidarisch“ vor unserer Presse verheimlicht, wissen wir, daß sehr achtungswerthe Bürger, die von unseren finanziellen Bedürfnissen und Institutionen etwas verstehen, mit Staunen sehen, wie das Kuratorium der Kreditgenossenschaften letztere direkt in die Versuchung führt, die neuen Aktien der Verbandsbank anzukaufen.

Und jetzt hat man sich die neue Frage vorzulegen: „Wie ist es möglich, daß Kenner unserer finanziellen Bedürfnisse obige Operation für außerordentlich risikant und gefährlich ansehen, während maßgebende Organe, wie das Kuratorium und der Verbandstag der Erwerbsgenossenschaften letztere unisono in Versuchung führen?“

Wem dienen diese beiden Faktoren hier, den Genossenschaften, der Volksversammlung oder ausschließlich der Verbandsbank? Das sind doch

wichtige Fragen, über welche die Gesamtheit nicht zur Tagesordnung übergehen sollte. Wir machen unsere Leser auch noch darauf aufmerksam, daß es Fragen giebt, bei denen man bei uns mit aller Gewalt Kanonen abschießen sollte, während bei einer gewissen Kategorie unserer Presse ein Ring besteht, der jeden in unserer Volksversammlung angeschlagenen Lärm zu ersticken sucht, um sich damit gewissen interessirten Kreisen dienstbar zu erweisen. Ein solches Kirchhofsichweigen beobachtet diese Presse in der bekannten Affäre Kościelski contra Reichstagsfraktion in Sachen des Abgeordneten v. Czarliński, der gegen Herrn v. Kościelski in der Landtagsfraktion aufgetreten war, ferner in Sachen des Rechtsanwalts Dr. v. Dziembowski, in Sachen der Abstimmung der polnischen Deputation zum Provinzial-Landtage, endlich auch in Sachen der Erhöhung des Anlagekapitals der Verbandsbank.

Alles das sind krankhafte Erscheinungen, welche unsere Volksversammlung dem Abgrund, dem politischen und materiellen Zusammensturz zudrängen. Die gesunden Elemente müßten hiergegen auf jedem Schritt auftreten.

Aus Nr. 71 des Oꝛedownik
vom 28. März 1899:

Die Verbandsbank der Erwerbs- genossenschaften

hat einen gedruckten Bericht über ihre Thätigkeit während des verflossenen Jahres zu der am künftigen Mittwoch stattfindenden Generalversammlung herausgegeben. In dem Bericht hat die Bank ihr Verhältniß zu den Genossenschaften ausführlicher geschildert: Auf Grund dieses Berichts geben wir nochmals unsere Ansicht über die Frage: „Ist es für die Genossenschaften von Nutzen, daß sie die neuen Aktien der Verbandsbank übernehmen?“

Daß diese Bank einer Erhöhung des Anlagekapitals bedarf, haben wir früher bereits betont. Wir sind nur betreffs der Ursachen anderer Ansicht, als der eben erschienene Jahresbericht.

Die Bank besitzt ein Anlagekapital von 500 000 Mark, an Reserven mit Einschluß der Spezialreserve 164 000, zusammen 664 000 Mark. An Depositen hat die Bank 2 490 000 Mark, darunter von den Genossenschaften selbst 1 351 000 Mk. Rechnen wir hierzu noch 2 520 000 Mark Conto corrent, so macht das gesammte eigene und fremde Kapital, mit dem die Bank arbeitet, 5 670 000 Mk. aus. Der jährliche Gesamtumsatz erreichte in diesem Jahre

bei einem arbeitenden Kapital von der angegebenen Höhe die Summe von 98 Millionen Mark. Obige Ziffern erweisen an sich, daß die Nothwendigkeit der Erhöhung des eigenen Kapitals eine große ist. Das kann keinem Zweifel unterliegen, und die Bemühungen der Bankleitung, eine halbe Million Mark durch die Emission neuer Aktien in die Hände zu bekommen, sind durchaus gerechtfertigt und verdienen, daß die Volksgeamtheit sie unterstützt. Nur die Ansichten über die Gründe dessen theilen wir nicht. Der Jahresbericht besagt, die Bank habe nie Mangel an Kapital gelitten, im Gegentheil, sie habe stets mehr Kapital gehabt, als sie bedurfte. Wenn sie das Anlagekapital um eine halbe Million Mark erhöhe, so thue sie dies darum, um das Gleichgewicht zwischen dem fremden und dem eigenen Kapital nicht ins Schwanken zu bringen und den Genossenschaften, wenn nicht mit billigerem, so doch mit bequemem Kredit zu dienen. Diese Argumentation im Jahresbericht ist keine durchaus glückliche. Die Bank leidet an einem Mangel an Betriebskapital, da sie ein zu kleines eigenes Kapital hat. Die Befürchtung, daß das Gleichgewicht zwischen dem fremden und dem eigenen Kapital ins Schwanken gerathen könnte, liegt nicht vor, da dies Gleichgewicht weder bestanden hat noch besteht. Endlich ist die Erhöhung des Kapitals nicht wegen der Genossenschaften allein, sondern auch wegen der allgemeinen finanziellen Interessen der Bank selbst nöthig. Unser Ansicht nach drängen unsre Erwerbsverhältnisse im Allgemeinen die Bank zur Erhöhung des Anlagekapitals. Die Genossenschaften können hier erst in zweiter Linie von Einfluß sein, schon darum, weil die Genossenschaften gegebenen Falls sich sehr wohl ohne die Bank behelfen können, und letztere darin, was sie für die Genossenschaften thut, vollständig durch die Bank przemyslowcow vertreten werden kann, welche das hierfür erforderliche Kapital besitzt. Dagegen rufen, wie bereits erwähnt, unsre allgemeinen Erwerbsverhältnisse die Nothwendigkeit des Bestehens einer Bank nach Art der Verbandbank hervor, die ein entsprechendes Kapital besitzt, um dem allgemeinen Kreditbedürfniß zu genügen. Für den ganzen preussischen Landestheil haben wir nur zwei solcher Bankinstitute; das dritte ist die Verbandbank. Unter dieser kleinen Zahl gehört sie zu der noch kleineren derjenigen Banken, an die sich das Publikum am zahlreichsten wendet. Die Wirksamkeit dieser nur eine halbe Million Mark Anlagekapital besitzenden Bank muß eine beschränkte sein; diese bedarf darum einer Erhöhung des Anlagekapitals; dann wird ihre Thätigkeit eine umfangreichere und ihr Nutzen für die Geamtheit ein erheblicherer sein.

Die Verbandbank ist aus den Genossenschaften hervorgegangen; in ihrer Firma behält sie das Merkmal einer Zentralbank für die Genossenschaften bei, auch dient sie diesen; die Erwerbsverhältnisse unsrer Geamtheit bilden sie jedoch immer mehr zu einem Finanzinstitut um, welches das ausgesprochene Merkmal des Geldverkehrs an sich trägt, und hauptsächlich darin beruht ihre Existenzberechtigung, ohne Rücksicht auf die Genossenschaften. Sie basiert auch nicht auf den Genossenschaften, sondern auf dem Boden allgemein finanzieller Interessen, auf welchem einige andre Banken mit größeren Anlagekapitalien in Thorn, Stargard und Posen insolge eigener Unfähigkeit, zu Grunde gingen. Diese kostspielige Erfahrung mußte die Geamtheit nicht von der Bank zurückschrecken, im Gegentheil, die Geamtheit mußte die Verbandbank der Genossenschaften im wohlverstandenen eigenen Interesse mit ihrem Wohlwollen umgeben und wohlhabende Leute mußten die neuen Aktien der Bank aufkaufen und damit deren Anlagekapital um eine halbe Million erhöhen.

Indessen werden nach dieser Richtung hin nicht allein keine Anstrengungen gemacht, sondern auch die Presse denkt nicht daran, diese Pflicht den höheren Volksschichten aufzuerlegen. Diese Volksschichten wissen nach dem Ruin des „Tellus“ und der Thorner Bank den Weg zu der Verbandbank der Erwerbsgenossenschaften zu finden und aus ihr sogar hohe Summen herauszubekommen, das Anlagekapital lassen sie dagegen überwiegend durch die Genossenschaften aufbringen, die im Besitz sauer erworbener Groschen sind. Als die Leitung dieser Bank vor einigen Jahren den Versuch machte, mit Hilfe dieser Volksschichten das Anlagekapital zu erhöhen, da erlebte sie eine derartige Enttäuschung, daß sie den Versuch vor der breiten Oeffentlichkeit nach Kräften zu verheimlichen sich bemühte. Da in den wohlhabenden Kreisen, bei privaten Kapitalisten kein Geld zu bekommen ist, sucht das Kuratorium der Genossenschaften es von den letzteren zu erhalten, da es daselbst Geld giebt. Der Jahresbericht theilt mit, daß auf die erste vom Herrn Kurator erlassene Aufforderung hin 21 Genossenschaften bereits 192 000 Mark neuer Aktien gezeichnet hätten, und daß der Rest ohne Anstrengung von den übrigen Genossenschaften zu erhalten sein werde, sogar soviel, daß Zeichnende würden zurückgewiesen werden müssen; doch werde die Bank auch Privatpersonen zum Zeichnen zulassen. Das heißt, sie wird von Privatpersonen soviel nehmen, als sie bekommen kann, und das, was dann noch fehlt, aus den Genossenschaften herausholen.

Eine derartige Finanzoperation stellt sich unsrer Ansicht nach als ein Raubsystem dar, welches überall zugreift, wo es Geld bekommen kann. Wir denken gar nicht daran, der Bank selbst oder deren Direktor daraus einen Vorwurf zu machen; schuld sind hier die Geamtheit, die höheren Schichten derselben, die zu einer solchen Raubwirtschaft drängen. Der verstorbene Miecislau von Lyskowski, ein Bankier von Beruf, der selbst traurige Finanzkatastrophen durchgemacht hat, hat es öffentlich ausgesprochen, daß in unserer Volksgeamtheit jedem Bankunternehmen der Tod an der Stirn geschrieben stehe; denn der Andrang der Geamtheit zu jeder Bank sei ein so großer, sie werde von solchen Elementen umlagert, daß sie früher oder später entgleisen müsse. Daß von Lyskowski unsrer Natur allzusehr treffend charakterisirt hat, beweist die Thatfache, daß unsre adligen und nichtadligen Großgrundbesitzer im Laufe von 10 Jahren fast ganze 100 Millionen der Ansiedelungskommission unter sich aufgetheilt haben. Es scheint, daß das System, Geld zu nehmen, woher man es bekommen kann, ins Blut übergegangen ist. Diese Neigung ist auch in dem an die Genossenschaften wegen der halben Million gerichteten Apell und darin zu erblicken, daß man dessen sicher ist, die Sache werde „ohne Anstrengung“ gelingen, wenn nicht auf die erste, so doch auf die zweite vom Kurator ergangene Aufforderung hin.

Der Bericht der Bank theilt augenscheinlich diese Anschauung nicht, denn es wird darin unausgesetzt darauf gepocht, daß es sich hier vor Allem um das Wohl der Genossenschaften handle. Auf Grund des vom Bericht der Bank gebotenen Zahlenmaterials wollen wir darthun, daß die Bank zwar den Genossenschaften, hauptsächlich aber den Interessen von Privatpersonen dient.

Nach dem Bericht haben bisher 21 Genossenschaften neue Aktien in Höhe von 192 000 Mark gezeichnet; es entfallen mithin im Durchschnitt auf jede Genossenschaft 40 Aktien im Betrage von insgesamt 9150 Mark. Von 70 Genossenschaften weiß man bisher nicht, was sie beschlossen haben. Posen, das von den gelegentlich der Gründung der

Bank emittirten Aktien nur 25 im Betrage von 5000 Mark gezeichnet hat, hat auf die Zeichnung neuer Aktien verzichtet, während Schroda und Schrimm je 100, Gnefen 70, Löbau 67, Lobowo, Golantich, Jarotschin, Kriewen, Priement, Preußisch-Stargard je 30 Aktien übernommen haben. Posen kennt aber auch unsre finanziellen Verhältnisse gut.

Die Genossenschaften, die sich bisher noch nicht entschieden haben, mögen sich die Sache wohl überlegen und sich beim Kauf der neuen Aktien nicht allzujehr engagiren.

Fortsetzung aus Nr. 72 des Ogedownik
vom 29. März 1899:

Der Bericht der Verbandsbank legt dar, daß 90 Genossenschaften am Anlagekapitel der Bank in Höhe von 500000 Mark mit 257800 Mark partizipiren; demnach haben die Genossenschaften selbst der Bank über die Hälfte des Anlagekapitals geliefert. Außerdem erweisen sich die Genossenschaften der Bank mit ihren Depositen dienstbar. So befanden sich nach dem Bericht in der Kasse der Bank Ende Dezember 1898 1351398 Mark, welche die Genossenschaften in der Bank deponirt hatten. Der Dienst also, den die Genossenschaften der Bank erweisen, ist nach obigen Ziffern keineswegs gering anzuschlagen.

Und welche Dienste leistet die Bank den Genossenschaften? Nach dem Bericht hat die Bank den Genossenschaften im Laufe des Jahres 1898 einen Kredit in Höhe von 3473497 Mark gewährt, im Laufe desselben Jahres zahlten die Genossenschaften der Bank an entliehenen Kapitalien 2946807 Mark zurück. Ende Dezember 1898 waren mithin die Genossenschaften der Bank nur 526689 Mark schuldig, gegenüber einer Viertel Million ihres im Anlagekapital der Bank stekenden Vermögens und neben 1300000 an Depositen.

Von außergewöhnlichen seitens der Bank den Genossenschaften geleisteten Diensten kann mithin angesichts obiger Ziffern nicht die Rede sein. Das gesammte Verhältniß zwischen der Bank und den Genossenschaften beruht auf der Gegenseitigkeit der Dienste. Die Bank ist das Zentralreservoir der Genossenschaften; sie regulirt bei ihnen den allzu starken Zufluß einerseits und den plötzlichen Mangel an Kapitalien andererseits, und in dieser Beziehung ist sie eine für die Genossenschaften sehr nützliche und sogar durchaus nothwendige Einrichtung. Das Alles erkennen wir voll und ganz an. Wir geben sogar zu, daß die Bank durch ihre Beziehungen zu den Genossenschaften eine bestimmte, sehr erwünschte Kontrolle über gewisse Genossenschaften ausübt, sie zur Genauigkeit und zur Vorsicht bei der Geschäftsführung anhält und bis zu einem gewissen Grade diese Genossenschaften bei Gesundheit erhält.

Alles das spricht jedoch nicht dafür, daß hauptsächlich grade die Genossenschaften die zur Erhöhung des Anlagekapitals erforderliche halbe Million Mark aufbringen sollten, wie dies der Kurator in seinem Aufruf verlangt hat. Das Verhältniß, welches zwischen der Bank, den Genossenschaften und Privatpersonen obwaltet, stellt der Bericht so dar, daß der den Genossenschaften im Laufe des Jahres gewährte Kredit über 1½ Millionen Mark betragen und die größere Hälfte der gesammten von der Bank auf Wechsel gewährten Darlehen ausgemacht habe. Das soll heißen, daß die Bank den Genossenschaften mehr Geld auf Wechsel zur Verfügung stelle, als Privaten, daß die Wechselgeschäfte der Bank sich hauptsächlich

im Bereich des Verkehrs mit den Genossenschaften bewegen, nicht aber im Bereich des allgemeinen Geldverkehrs. Das würde im Gegensatz zu unsrer Ansicht bedeuten, daß die Bank hauptsächlich den Genossenschaften, nicht aber den allgemeinen Bedürfnissen des Geldverkehrs diene. Indessen schon einige Zeilen weiter lesen wir in demselben Bericht, daß die Gesamtsumme der an Privatpersonen gewährten Darlehen etwa 1½ Millionen Mark beträgt, mithin ebensoviel, wie den Genossenschaften zur Verfügung gestellt worden ist, — ferner, daß man außerdem Privatpersonen auf Konto korrent 1180000 vorgestreckt habe. Die weiteren spezialisirten Positionen des Berichts thun dar, daß das Konto korrent der Genossenschaften im Laufe des Jahres 3473000, das der Privatpersonen 8150000 ausmachte. Die Genossenschaften haben im Laufe des Jahres von ihrem Konto fast ganze 3 Millionen abgezahlt, so daß sie am Ende des Jahres der Bank nur ½ Million schuldig blieben. Die Privatpersonen haben von ihrem Konto fast 7 Millionen abgezahlt, so daß sie der Bank 1180000 Mark, d. h. über doppelt soviel als die Genossenschaften schuldig blieben. Nach obigen Ziffern neigt sich das Uebergewicht der Geschäfte der Bank mithin auf die Seite des allgemeinen Geldverkehrs, nicht aber auf diejenige der Genossenschaften. Noch giebt es im Bericht die Position der diskontirten Wechsel, die im Laufe des Jahres 4015 Wechsel im Gesamtbetrage von 15818000 Mark aufweist; auf diese sind 12573000 Mark eingezahlt worden, so daß 744 Wechsel über 3200000 Mark verbleiben.

Die oben angeführten Ziffern reichen hin, um darzuthun, daß die Geschäfte der Bank sich hauptsächlich dem allgemeinen Geldverkehr zu neigen; mithin müßte in erster Linie das Publikum die neuen Aktien der Bank übernehmen, nicht die Genossenschaften. Dafür sprechen auch andere Unternehmungen der Bank, die fürwahr mit den Genossenschaften garnichts gemein haben.

Die Bank hat das Gut Czarnotki für 324000 Mark angekauft und es nach vielen Jahren in zwei Theilen für 505000 Mark verkauft. Der Bericht selbst giebt zu, daß die Bank hierbei keinen außergewöhnlichen Gewinn, aber auch keinen Verlust gehabt habe.

Die Bank hat das Grundstück an der Wilhelmstraße gekauft. Der Kaufpreis allein betrug 178000 Mark; dieser Betrag und die Baukosten zusammen machen 410000 Mark aus. Obige Ziffern repräsentiren zwei Drittel des eigenen Vermögens der Bank. Durch Aufnahme von Hypotheken fließt ein Theil dieses Kapitals wieder in die Kasse der Bank zurück, ein gewisser Theil bleibt aber immerhin gebunden.

Die Bank wird gewiß im Portefeuille so manches, nicht bloß ein größeres Geschäft haben, das einen ebensohohen Geldaufwand erfordert, wie die beiden vorerwähnten. Solche Geschäfte sind unvermeidlich im Geldverkehr. Niemand wird der Bankleitung daraus einen Vorwurf machen; es wird sich sogar niemand darüber wundern, wenn die Bank bei dem oder jenem Geschäft Verluste erleiden sollte; denn solche Zufälle sind im Geldverkehr unvermeidlich.

Das Alles wird zugegeben, aber alles das spricht auch dafür, daß unsere Genossenschaften in einer solchen Bank nicht zuviel von ihren Kapitalien in Aktien unterbringen müßten. Sie haben, soweit ihr eigenes Interesse dabei in Frage kommt, schon genug zum Reservefonds beigeuert. Mögen hauptsächlich private Kapitalisten die zweite halbe Million neue Aktien übernehmen!

Aus Nr. 71 des Postep
vom 28. März 1899:

Aus der Provinz, den 22. März 1899.

Der Redaktion des Postep gebührt für den von ihr veröffentlichten Artikel Anerkennung, welcher unsere Ueberzeugung bezüglich unseres Urtheils über die Abgeordneten zum Provinziallandtage getroffen hat, die für die kulturellen Regierungsprojekte, wie die Begründung einer Bibliothek und eines Museums in Posen gestimmt haben. Es gewinnt den Anschein, als ob diese Herren bereit seien, für die Regierung in Zukunft irgend ein Kulturprojekt zur „Kräftigung des Deutschthums in den Ostmarken“ noch selbst auszudenken.

Alles könnte man diesen Herren verzeihen, daß sie jedoch, als Polen, für diese Projekte gestimmt haben und zwar gerade im Widerspruch mit den Landtagsabgeordneten, ist ganz unverzeislich, und ich stimme in allen Punkten mit der Ansicht der verehrten Redaktion überein, daß die Veranstaltung einer Provinzialversammlung am Plage wäre, und zwar aus sehr einleuchtenden Gründen.

Die Polen im Provinziallandtage haben, indem sie den Beschlüssen der Abgeordneten im preußischen Abgeordnetenhaus direkt entgegen gestimmt haben, in einer seit undenklichen Zeiten in unserer Gesamtheit nicht vorgekommenen Art und Weise die Solidarität gebrochen, und hierdurch eine um so größere Schuld auf sich geladen, als die polnischen Abgeordneten im preußischen Abgeordnetenhaus und die Polen in der Posener Stadtverordnetenversammlung gegen diese kulturellen Einrichtungen gestimmt haben, eine Strömung, welche auch in unserer Nation in vollem Umfange getheilt wird. Und hier erlauben sich diese Herren durch ihre Abstimmung die polnische Gesamtheit zu verhöhnen.

In unserer Gesamtheit passiren ganz merkwürdige Dinge und besonders um Ostern herum. Ob nicht etwa den Herren Abgeordneten im Provinziallandtage auch ein Schreiben zugegangen ist, welches dem der Reichstagsfraktion seiner Zeit zugesandten Briefe ähnlich ist, als es sich um die Militärvorlage handelte. In diesem war nämlich gesagt, daß der polnische Sprachunterricht zu Ostern in den Schulen amtlich eingeführt werden wird, wie dies der Abgeordnete Rubicki in Schroda bekannt machte. Vielleicht ist auch noch eine andere Lockspeise den Herren vorgehalten worden?

Das, was die Vertretung der polnischen Gesamtheit am Ende des Jahrhunderts zu Stande gebracht hat, ist fürwahr geeignet, in humoristischen Zeitschriften Verwendung zu finden, aber es ist nicht für unsere Nation da, da schon bei der Erinnerung an dieses Verhalten einem das Herz blutet.

Weil die polnische Gesamtheit bei der Wahl der Abgeordneten zum Provinziallandtag keinen unmittelbaren Einfluß auszuüben vermag, um sie bei der Wahl zu beseitigen, deshalb ist es sehr gerechtfertigt, daß eine große Versammlung veranstaltet werde, damit die Nation öffentlich protestiren und das Ansehen der Abgeordneten im Landtage und die Vertretung der Stadt Posen vertheidigen kann.

Weiter würde es sich empfehlen, daß die Redaktionen der volksparteilichen Blätter die Namen der Abgeordneten zum Provinziallandtage zu erfahren suchen und diese in ihren Blättern so rasch wie nur möglich veröffentlichen, damit die Bürgerschaft der einzelnen Ortshafte diese Herren, soweit das sich machen läßt, von ihrem Posten entferne.

Ein treuer Leser.

Aus Nr. 73 des Postep
vom 30. März 1899:

Unsere Herren und die „Kulturmittel“.

Man schreibt uns aus dem Kreise Jarotschin unterm 26. März:

Ich möchte heute einige Worte dazu sagen, wie sich die polnischen Abgeordneten zum Provinziallandtage den sogenannten Kulturmitteln gegenüber verhalten haben. Das Eintreten der Polen im Provinziallandtage für den Bau der Bibliothek, des Museums u. s. w. ist der weiteren Allgemeinheit noch garnicht bekannt, weil ein gewisser Theil der polnischen Presse diese Angelegenheit mit Stillschweigen übergeht.

Ich erkläre mich mit dem in der vorigen Woche im Postep veröffentlichten Artikel unter dem Titel „Die Polen im Provinziallandtage“ völlig einverstanden. Ebenderelben Ansicht sind sehr viele meiner Bekannten, und Niemand kann es begreifen, wie die Polen für die Regierungsprojekte, deren Schneide doch gegen unsere Gesamtheit gerichtet ist, stimmen konnten.

Dieses Verhalten ist um so wunderbarer, als unsere Abgeordneten im preußischen Abgeordnetenhaus in ihren Reden gegen diese Kulturmittel aufgetreten sind, indem sie deren germanisatorische Zwecke hervorgehoben haben. Ist das nicht eine offenbare Spaltung der Gesamtheit und noch dazu in einer völlig klaren Angelegenheit? Man kann doch nicht über ein und dieselbe in klarer Weise gestellte Frage in Berlin und in Posen zweierlei von einander abweichender Meinung sein. In Berlin waren unsere Vertreter vom politischen Standpunkte aus billiger Weise Gegner dieser Projekte, welche — mag man schon sagen, was man will — doch zur Kräftigung des Deutschthums in den Ostmarken dienen sollen. Dagegen sind die Polen in Posen im Provinziallandtage geradezu entgegengesetzter Ansicht und stimmen für die Projekte, unter dem Vorwande, daß die Provinzialbehörden in keiner Weise auch nur angedeutet haben, daß diese Kulturmittel gegen die Polen gerichtet sind. Es bedeutet dies seitens der im Provinziallandtage sitzenden Polen gradezu die Rache im Sacke umdrehen. Von Logik oder Ueberlegung in dieser Angelegenheit bei den polnischen Abgeordneten zum Provinziallandtage kann man keine Spur entdecken.

Wenn sich mit der Stellungnahme der polnischen Fraktion im preußischen Landtage irgend eine Zeitung oder eine kleinere Anzahl von Personen irgend einer Versammlung nicht einverstanden erklärt hätte, so wäre dies kein so bedeutender Widerspruch, wenn dies aber eine Anzahl der angesehensten Leute, die Repräsentanten der Nation in einer gesetzgeberischen Körperschaft thun, dann gewinnt die ganze Angelegenheit größere Bedeutung und der Widerspruch tritt um so deutlicher hervor.

Ganz richtig wurde auch hervorgehoben, daß die polnische Fraktion der Regierung gegenüber an Ansehen eingebüßt habe, daß sie den Willen ihrer Wähler nicht verrete. Welch' bitteres Empfinden mußte wohl die Abgeordneten zum preußischen Landtage beherrschen, welche in beredter Weise dargethan haben, daß die geplanten Kulturmittel der polnischen Nation zum Schaden gereichen und daß sie in Posen überflüssig seien, als sie hörten, daß die polnischen Abgeordneten zum Provinziallandtage durch ihr Verhalten alle ihre Ausführungen Lügen gestraft haben.

Es gelangten Gerüchte zu meinen Ohren, von welchen ich zwar nicht weiß, ob sie wahr sind, des Inhalts, daß auf die Entschlieungen der polnischen Deputirten in dieser Materie im Provinziallandtage

höhere fremde Einflüsse von polnischer Seite eingewirkt haben, welche die Fahne der Versöhnungspolitik hochhielten. Solchen fremden Einflüsterungen, auch wenn sie von einflussreicher Seite ausgegangen sind, hätten die polnischen Deputirten für den Provinzial-Landtag kein Gehör schenken dürfen, wenn sie Leute feststehender Ansicht gewesen wären und auf die völlige Uebereinstimmung der Ansichten der Gesamtheit geachtet hätten.

Die versöhnungsparteilichen Strömungen spucken in unseren Sphären noch fortwährend herum, aber diese Strömungen schaden uns sehr und wir machen uns manchmal politischer Narrheiten schuldig.

Ich fragte in dieser Angelegenheit einen mir bekannten Bauern, welcher ebenfalls Deputirter für den Provinzial-Landtag war: warum habt ihr denn für die Errichtung einer Bibliothek und eines deutschen Museums in Posen gestimmt? Er antwortete mir hierauf: nun, die Herren haben's uns befohlen, folglich wurde auch so abgestimmt; sie sagten, daß dies mit der Politik nichts zu thun habe, und wenn wir mit den Deutschen zusammen stimmen würden, so würden wir zeigen, daß wir in provinziellen Angelegenheiten einig seien.

Jener Bauer hat keine selbständige politische Ansicht, weil er so wie der größere Theil unserer Bauern sich nach dem Adel richtet und absolut nicht weiß, daß er in politischem Schmutz wadet.

Wir verspüren es hier auch sehr gut, daß dieser politische Fehler von Seiten der Deputirten für den Provinzial-Landtag wieder gut gemacht werden und daß man gegen ein solches Verhalten derselben protestiren muß. Welche Form man hierzu wählen soll, darüber muß man sich noch einig werden. Eine Protestversammlung wäre wohl das geeignetste Mittel, aber wer wird sich an die Veranstaltung einer solchen Versammlung machen? Der Goniec Wielkopolski macht den Vorschlag, es möchte ein Protest verfaßt und in den Blättern veröffentlicht werden, dies ist jedoch nicht ausreichend, weil nicht alle Zeitungen einen solchen Protest aufnehmen, denn wir wissen, ein wie tiefes Grabes-Schweigen sie in dieser Angelegenheit bewahren. In unserer gesamten Politik, der inneren sowohl, wie der äußeren herrscht seit einer Reihe von Jahren ein derartiges Wirrwitz, daß es gar nicht möglich ist, vom Plaze zu kommen. Bei keiner Sache haben wir ein klar vorgestelltes Ziel, alles wird über's Anie gebrochen, alles ist dilettantisch. Einer gewissen Klisse von Leuten, die den Reigen anführen wollen, gefällt dies sehr gut, aber die breite Allgemeinheit leidet darunter ganz bedeutend. Um die politische Ausbildung ist es bei uns sehr schlimm bestellt.

Die Wärter der Versöhnungspolitik hypnotisiren vor Allem die höheren Gesellschaftsschichten, welche nicht einmal den Muth besitzen, zuweilen mit ihrer gesunden Ansicht öffentlich aufzutreten. Alles dreht sich in einem gleichsam verzauberten Rade der extremsten Loyalität, bei der sich, und zwar noch nicht einmal in jeder Beziehung, vielleicht einige Personen wohl befinden können, welche in der Politik unserer Gesamtheit den Ton angeben wollen.

Der Presse steht es frei, weit und breit über die S.-R.-Listen zu schreiben und gegen sie nach allen Seiten hin zu kämpfen, manchmal unnützer Weise, aber wehe, wenn eine Zeitung einmal auf die innerpolitische Desorganisation, auf die ganz schlechte politische Taktik seit sechs Jahren hinweist.

Das ewige Hinblicken auf Berlin und die mancherlei Rücksichten gegen Personen, welche an dem Steuer der Staatsmaschine stehen, haben uns nichts geholfen, im Gegentheil, sie haben uns viel Schaden gebracht. Wir neigen fortwährend dazu,

die Hand zu küssen, welche uns unaufhörlich mit der Ruthe schlägt, es kann dies vielleicht für ungezogene Kinder gut sein, aber nicht für politisch reife Leute. Für ein unserer Gesamtheit auf religiösem Gebiete gemachtes Zugeständniß ist das ein zu großes Opfer, welches der Nation augenscheinlich überaus schädlich ist.

Ich bin von meinem eigentlichen Thema abgeschweift, aber dies ist mit ihm eng verbunden, denn die Abstimmung der Polen im Provinzial-Landtage ist die Fortsetzung des rothen Fadens in unserer Versöhnungspolitik. Das kann jeder Mensch, welcher unsere sozialen Verhältnisse scharf betrachtet, sehr bald verspüren.

Denjenigen Männern, welche ihren Hals in die Schlinge der Versöhnungspolitik legen wollen, muß es daran liegen, daß hiergegen protestirt werde. Es wird hier ein wunderbares Verhältniß Platz greifen, denn es ist doch bekannt, daß die polnischen Abgeordneten im preussischen Abgeordnetenhaus auch sehr versöhnlich gesinnt sind, und einige von ihnen waren sogar Pfeiler dieser Politik, aber hier ist die Sache schief gegangen, und das ist gerade sehr bezeichnend.

Die fremden Einflüsse der übertriebenen Loyalität drehen manchmal ihrem eigenen politischen Bundesgenossen eine Nase, das thut aber nichts, wenn nur diejenige Politik die Oberhand behält, welche in ihrem Leben zum Lösungswort geworden ist.

Ertheilt uns, Ihr Herren in Posen, nun einen Rath, um die Gesamtheit vor dieser neu eingerührten Brähe im Provinzial-Landtage zu bewahren.

Aus Nr. 64 des Goniec Wielkopolski
vom 18. März 1899:

Kaufen wir bei den Unsrigen!

Eines der verbreitetsten, wenn nicht das einzige Lösungswort, dessen Tragweite unsere Gesellschaft im preussischen Antheil verstanden hat, ist: „Kaufen wir bei den Unsrigen!“ Wie sehr dasselbe zeitgemäß ist, beweist der Eifer, mit welchem wir es allseitig prüfen, beweist die Entrüstung, welche durch die Uebertretung dieser Ehrenpflicht eines jeden Polen hervorgerufen wird. Der Eifer in dem Festhalten an diesem gesellschaftlichen Gebot geht soweit, daß sehr Viele von uns geneigt sind, je nach Befolgen oder Nichtbefolgen dieses Gebotes den nationalen Werth und den bürgerlichen Feuereifer des Einzelnen zu beurtheilen. Viele von uns begreifen ein solches Polenthum nicht und erkennen es nicht an, daß man in so beweinenwerthen Verhältnissen, wie in denjenigen, in welchen wir leben müssen, Fremde bereichert, die eigenen Brüder dagegen darben läßt, nur aus dem Grunde, weil sich nicht alle mit der Allgemeinheit solidarißch verbunden fühlen, weil ihnen die unverzeihliche Nachsicht für die eigene Bequemlichkeit oder Gewohnheit nicht gestattet, sich von der veralteten und von unseren Wettbewerbern sinnlos wiederholten Redensart von der „polnischen Wirthschaft“ loszusagen. Wir wollen uns auf die Verurtheilung der Uebertreter dieses nationalen Gebotes weiter nicht einlassen, nur feststellen, wie es in der Wirklichkeit ist, — ob mit Recht oder Unrecht — die bestehende Vorliebe des Kaufens bei den Fremden feststellen. Die polnische Meinung oder die öffentliche Stimme verurtheilt die Uebertreter dieses Gebotes recht gründlich. Wir können uns mit dem öffentlichen Druck einverstanden erklären oder nicht, wir können in jedem einzelnen Falle jedes „Für“ und

„Wider“ prüfen, doch eines dürfen wir nimmermehr thun: wir dürfen die Meinung nicht geringschätzen, welche so entschieden fordert, daß wir doch endlich aufhören, das Geld an Fremde auszugeben.

Die grundsätzliche Frage, ob wir das Kaufen bei den Fremden rücksichtslos verurtheilen sollen, wollen wir dahingestellt sein lassen; wir thun dies deshalb, weil in dieser Beziehung die Ansichten selbst bei unseren Gewerbetreibenden getheilt sind. Ein Theil der Industriellen, namentlich diejenigen, die eine größere Anzahl nichtpolnischer Abnehmer haben, fürchten das Lösungswort „Kauft bei den Unsrigen“ wie das Feuer. Die Vernünftigeren von ihnen sagen sich zwar, daß die Fremden, falls dieselben sie unterstützen, dies nicht aus Liebe zu uns (Polen), sondern nothgedrungen, nur aus eigenem Interesse und mit Rücksicht auf den niedrigeren Preis, die bessere Bedienung und Beschaffenheit, sowie auf das reichlichere Maas der Waare u. s. w. thun. Das größte Angstgeschrei erheben aber diejenigen unserer Industriellen, die keine besonderen Fachleute sind und denen es in Folge dessen nicht besonders gut ergeht, die aber glauben, sie könnten den Mangel an Umsicht und Tüchtigkeit durch Zuverlässigkeit und Entgegenkommen ersetzen. Es ist ein Unterschied zwischen aufreizender Prahlerei und unnöthigerweise herausfordernder Haltung und zwischen eignem, nationalem, ruhigem und thätigem Selbstbewußtsein. Der Verdienst, den man sich auf Kosten der verleugneten Nationalität erwirbt, ist kein Verdienst, sondern ein Verlust. Der Kaufmann oder Industrielle, welcher die polnische Gesellschaft nur aus dem Grunde meidet, um sich nicht in den Augen seiner deutschen Abnehmer bloßzustellen, ist des Namens eines Polen nicht werth und hat im Herzen längst aufgehört, es zu sein. Dies Alles bezieht sich auf die niederen Volksschichten. Wie viel schwerer lasten diese Pflichten auf den wirtschaftlich weniger abhängigen Personen, also auf den Gutsbesitzern, der Geistlichkeit und den höheren Schichten unserer Stadtintelligenz?! Jede Uebertretung des nationalen Gebotes wird von der Allgemeinheit fleißig verfolgt und äußerst schmerzlich empfunden. Ganze Stöße von Briefen wollen wir aus dem Grunde nicht veröffentlichen, um nicht nach dem äußersten und zweischneidigen Mittel der Nennung der Schuldigen zu greifen. Denn ob jemand einen Namen nennt oder ihn auf eine andere Weise handgreiflich beschreibt, das kommt auf Eins heraus. Und dennoch wollen wir heute eine Ausnahme machen! Dies soll kein Vorwurf und keine Verurtheilung sein, weil wir, da wir weder den Gegenstand noch die näheren Umstände kennen, nicht das Recht haben, Jemanden zu verurtheilen. Wir haben hier die Bazar-Genossenschaft im Sinne. Diese Anstalt ist kein Privatunternehmen mehr, sie ist eine nationale Anstalt im wahren Sinne des Wortes, deren Geschichte eng verbunden ist mit dem Namen eines der edelsten Söhne der großpolnischen Lande, mit demjenigen des Karl Marcinowski und die durch ihre Gründung die Ueberschrift dieses Artikels bestätigt. Es ist eine Pflicht der Presse, Verdächtigungen und Klatschereien, die gegen eine solche Anstalt gerichtet sind, aufzuklären, um der voreingenommenen Meinung von sonst allgemein achtungswerthen Leuten zu begegnen und der gereizten Stimmung vorzubeugen. Es wird erzählt, daß der Bazar, welcher an der Wilhelmsstraße ein großes Gebäude errichten läßt, die Steinarbeiten einer Berliner Firma übertragen habe, obwohl eine polnische Steinseherfirma ein um tausend Mark niedrigeres Angebot gemacht hatte. Tausend Mark mehr oder weniger spielen bei einem solchen Gegen-

stande keine Rolle, also, wäre der Landsmann sogar theurer, so hätte er, nach Ansicht der sogenannten Posener Meinung auch dann den Vorrang erhalten müssen; denn unsere Steinsehermeister nehmen es mit jedem Wettbewerb auf, jedenfalls stehen sie Niemandem bei solchen Arbeiten, wie sie der Bazar verlangen wird, nach. Doch nehmen wir an, daß das nur Zufall ist. Eine andere Lieferung, wenn wir nicht irren, auf Ziegelsteine, soll angeblich einem Deutschen übertragen worden sein, der die Steine sogar selbst nicht hatte und sie sich von einem Polen verschaffen mußte. Für die einfache Vermittelung ist also der Hauptverdienst in fremde Hände übergegangen. Durch ein ähnliches, nur umgekehrt eingerichtetes Manöver ist es der jüdisch-deutschen Ziegelei-Genossenschaft oder dem sogenannten Ringe von Ephraim, Regendank und Genossen gelungen, mit Hilfe eines untergeschobenen polnischen Unternehmers die Lieferung von über einer Million Ziegel zu erhalten. Die polnischen Ziegeleien erhielten, trotz niedrigerer Preise und nicht schlechterer Waarengattung Absagen. Die Aufklärung der Sache würde zur Beruhigung der durch das systematische Uebergehen der Polen gereizten Meinung sehr erwünscht sein. Diese Meinung verlangt lediglich das Wohl der allgemeinen Sache und läßt sich von Rücksichten auf Personen oder durch das Interesse Einzelner nicht leiten, ihre Geringschätzung empfiehlt sich daher nicht. Den großen Lieferanten können leicht auch die kleinen folgen. Wir befürchten daher, daß man auch die übrigen Handwerker aus Berlin kommen lassen wird. Wir haben Tischler, Schlosser, Glaser, ja sogar Schneider und Schuhmacher in Posen und bei uns zur Genüge. Haben wir keine Voreingenommenheit gegen Fremde, aber kaufen wir stets und rückhaltlos bei den Unsrigen!

Aus Nr. 68 des Dziennik Kujawski
vom 23. März 1899:

Ein interessanter Prozeß, welcher zur Genüge dargethan hat, wie das Spioniren der hakatistischen Revolverpresse sogar bis in die Wohnungen derjenigen deutschen Beamten eindringt, welche den hakatistischen Haß gegen die Polen nicht theilen, spielte sich vor der Gnesener Strafkammer ab.

Auf der Anklagebank nahm der junge Greßer Platz, der Sohn des Herausgebers des Gnesener General-Anzeigers und gleichzeitig verantwortlicher Redakteur. Der General-Anzeiger fiel zur Zeit der letzten Landtagswahlen über den Landrath des Kreises Wittowo, Herrn von Zawadzky, her, indem er gegen ihn den Vorwurf erhob, er habe aus persönlichem Unwillen für die Kandidatur des Gnesener Landraths, Herrn Coeler, nicht agitiert. Von einem Siege dieser Kandidatur, schrieb der General-Anzeiger damals — könne keine Rede sein, so lange Herr von Zawadzky Landrath des Kreises Wittowo sei. Herr v. Z. sei nämlich den Polen in hohem Grade zugethan. Sein Kreisrendant, Herr Seredyński, sei Pole und erfreue sich großer Rücksichtnahme seitens Herrn v. Z. Gelegentlich des Jubiläums Kaiser Wilhelms I. habe Herr Seredyński, welcher zugleich Besitzer einer gut renommirten Weinhandlung in Wittowo sei, als der einzige von allen dortigen Bürgern sein Haus nicht dekorirt. Infolge dessen sei in einer Versammlung der Deutschen am Jubiläumstage in Gegenwart des Landraths v. Z. und mit seiner Zustimmung beschlossen worden, daß die Deutschen

fortan die Weinhandlung des Herrn S. nicht mehr besuchen sollten.

Der erste jedoch, welcher diesen Boykott gleich am nächsten Tage gebrochen habe, wäre der Herr Landrath gewesen. Charakteristisch für die Gesinnung des Herrn v. Z. sei auch noch der Umstand, daß er zur Feier seiner silbernen Hochzeit nur Polen und nicht einen einzigen Deutschen eingeladen habe.

Der Herr Landrath v. Z. fühlte sich durch diese Vorwürfe gekränkt und stellte Strafantrag. In dem Termin am Montag zeigte es sich auch ganz klar, daß alle obengenannten Vorwürfe unbegründet waren. Es wurde festgestellt, daß in jener Versammlung am Jubiläumstage nicht beschlossen worden sei, die Weinhandlung des Herrn S. zu boykottiren, daß vielmehr, als es bereits sehr spät war, einer der Theilnehmer mit einem solchen Vorschlage hervorgetreten sei — jedoch keine Unterstützung gefunden habe; daß der Herr Landrath aber von diesem Projekt überhaupt nichts gewußt habe. Es zeigte sich ferner, daß es nur ein Zufall gewesen sei, daß die zur Feier der silbernen Hochzeit des Herrn Landraths geladenen deutschen Gäste nicht erschienen waren, und ferner, daß Herr v. Z. sehr eifrig für die Kandidatur seines Kollegen Coeler agitirt habe.

Man hoffte, daß das Gericht den Herrn Greffer wegen dieser Vorwürfe zu einer empfindlichen Strafe verurtheilen werde. Es kam indessen anders.

Das Gericht kam zu der Ueberzeugung, daß Herr Greffer nicht die Absicht gehabt habe, dem Herrn v. Z. nahe zu treten, daß er jene Vorwürfe in gutem Glauben veröffentlicht habe, daß jene der Wahrheit entsprechen, und drittens, daß man dem Angeklagten den Schutz des § 193 des Strafgesetzbuchs zuerkennen müsse, weil er lediglich die berechtigten Interessen des Deutschthums vertheidigt habe. Aus diesen drei Gründen verwarf das Gericht den Antrag des Staatsanwalts, den Herrn Greffer in eine Geldstrafe von 150 Mk. zu nehmen und sprach ihn von jeder Schuld und Strafe frei.

Ein Kommentar hierzu ist überflüssig — ja sogar gefährlich. Hinzufügen müssen wir nur, daß Herr v. Z. ein Deutscher ist.

Aus Nr. 69 des Goniec Wielkopolski
vom 24. März 1899:

Der Redakteur der Gazeta Grudziödzka, Majerski, ist unlängst wegen eines mit der Ueberschrift: „Gott erlöse Polen“ veröffentlichten Artikels gerichtlich zu 100 Mark Geldstrafe verurtheilt worden. Der Goniec Wielkopolski bemerkt hierzu u. A. Folgendes: Aus allzuverständlichen Gründen enthalten wir uns eigener Bemerkungen, doch Eins dürfen wir wohl sagen: Wenn das polnische Gebet, ausgedrückt in dem kurzen Seufzer: „Gott erlöse Polen!“ ein Staatsverbrechen und ein Verrath Deutschlands sein soll, so fürchten wir im Ernst, daß es wenige Polen geben wird, die sich nicht dieses Verraths und zwar mindestens bei jeden Früh- und Abendgebet, also mindestens zweimal täglich schuldig machten. Den Artikel, dessentwegen der Lech einen Prozeß hatte und die Gazeta Grudziödzka zu einer Strafe verurtheilt worden ist, dürfen wir jetzt nicht wiedergeben, auch die Quelle, aus welcher er stammt, nicht verrathen. Wir wollen das Urtheil des Reichsgerichts abwarten, welches, wie wir hoffen, das polnische Gebet ebenso wenig verbieten wird, wie die menschliche Macht im Stande ist, es uns aus dem Herzen zu reißen. Wenn nicht das Gebet: „Gott erlöse Polen!“ wenn

nicht der Glaube an die Wirksamkeit dieses Stoßseufzers und nicht die unbegrenzte Hoffnung wäre, daß Gott dieses Gebet erhören werde, wäre von uns wohl nichts mehr übrig geblieben. Unser ganzer Glaube beruht auf Gott, unsere ganze Hoffnung in der Erlösung, unsere ganze Liebe in Polen. Wer geistig noch nicht verwahrlost ist und die Trauerweite dieses inbrünstigen Gebetes bis jetzt noch nicht erkannt hat, der wird vom heutigen Tag ab dasselbe in sein tägliches Gebet einflechten. Was für einen Christen das Zeichen des heiligen Kreuzes ist, das sind für den Polen die Worte: „Gott erlöse Polen!“

Aus Nr. 73 des Goniec Wielkopolski
vom 30. März 1899:

In Bromberg ist den in den Eisenbahn-Werkstätten beschäftigten Arbeitern, sowie den Proviantarbeitern und Beamten, d. h. den Nahrungsmittel-Lieferanten verboten worden, untereinander polnisch zu sprechen, sich gegenseitig polnisch zu begrüßen und, unter Androhung der Dienstentlassung, polnische Zeitungen zu halten.

Das ist nichts Neues, denn anderswo ist ebenfalls der Klang der polnischen Sprache von der amtlichen Oberfläche beseitigt worden. Ein derartiges Verbot wird noch keinen Polen verdeutschen, wenn nur dieser Pole, zu Hause angekommen, seine Kinder ehrlich und gottesfürchtig erzieht. Eine Zeitung braucht man sich nicht zu halten, denn die wird uns vom Nachbar oder vom Gewatter geliehen. Die verbotene Frucht pflegt immer besser zu schmecken.

Aus Nr. 70 des Wielkopolanin
vom 25. März 1899:

Eins der hiesigen Blätter, der Drendownik, bespricht die Petition der obereschlesischen Geistlichen in der Angelegenheit betreffend die polnische Sprache und schreibt, indem es sich an unsere Geistlichkeit wendet folgendermaßen:

„Vor nicht langer Zeit haben wir die Aufmerksamkeit darauf gelenkt, daß zum Schutze dieser bedrohten religiösen Erziehung unserer Kinder in erster Linie die kirchliche Behörde und die Geistlichkeit auftreten müßte.“

Sozial der Drendownik.

Unserer Ansicht nach ist es gerade gut gewesen, daß die Geistlichkeit z. B. in der letzten Versammlung nicht hervorgetreten ist.

Etwas anderes ist die obereschlesische Geistlichkeit und unsere Geistlichkeit, denn, wenn zwei dasselbe thun, so ist das noch immer nicht dasselbe.

Die obereschlesische Geistlichkeit hat bei der Regierung eine gute Nummer, und ihre Petition hätte Eindruck machen können, sie hat einen solchen indeß nicht gemacht, wie wir wissen. Bei uns verhält sich die Sache anders; es ist doch bekannt, daß die Regierung unsere Geistlichkeit für die Stütze der ganzen Agitation hält.

Wenn daher die Geistlichkeit oder der Adel, oder endlich die Intelligenz nur allein aufträte und dazu auffordern würde, eine Petition zu entsenden, und wenn das polnische Volk diesen Stimmen Gehör schenken würde, dann würde die Regierung sagen:

„Die Petition hat für uns keine Bedeutung, — sie ist lediglich das Ergebniß einer künstlichen Agita-

tion, welche von ebendenselben Agitatoren ins Werk gesetzt wird, die als solche bekannt sind."

Heut kann dies jedoch Niemand sagen, denn das, was geschehen ist, geschah unmittelbar aus den Empfindungen des Volkes heraus.

Man beklagte sich von allen Seiten, und zwar hauptsächlich aus den Handwerker- und Arbeiterkreisen, über die Verbote der Polizei — und die Versammlung und Petition sind eine Kundgebung des Volkes, dieses so unendlich geduligen und friedlichen Volkes. Die Intelligenz hat sich nur mit der formellen Seite dieser Angelegenheit befaßt, nämlich mit der Erledigung der offiziellen Thätigkeit in der Angelegenheit betreffend die Versammlung. Das ist Alles! **Eine Agitation hat dabei überhaupt nicht stattgefunden.**

Das ist Thatsache.

Der Gegenstand selbst hat für sich agitiert, das Gefühl des Schmerzes und der Erbitterung war in diesem Falle der **einzige Agitator.**

Und was für ein Ansporn dies war, das haben die so zahlreich besuchte Versammlung und die tausende von Unterschriften unter der Petition bewiesen. Wer sich die unter dem Aufruf befindlichen Unterschriften genauer ansieht, in welchem zur Veranstaltung einer Versammlung eingeladen wird, der wird bemerken, daß zwei Drittel Handwerker und Arbeiter sind, und daß im Verlauf von 24 Stunden über 100 Unterschriften gesammelt worden sind.

Hierin gerade liegt auch die Bedeutung der Petition und hierin liegt die Macht dieser Erscheinung! Nicht also die geborenen Agitatoren, wie sie die Deutschen zeitweise nannten, haben diesen Protest hervorgerufen, sondern das Volk.

Nach dieser That, welche dem Schoße und der Intention der breiten Gesamtheit entsprungen ist, können die einzelnen Schichten diesen Schritt unterstützen.

Wenn, unserer Ansicht nach, etwas Eindruck machen kann, so kann dies nur eine solche Petition thun. So stellt sich für uns die Sache dar — und wir glauben, daß die Mehrheit der denkenden Leute mit uns gleicher Ansicht sein wird.

Aus Nr. 70 des Wielkopolanin
vom 25. März 1899:

Vor Kurzem sprach uns einer unserer Freunde aus der Gegend von Witkowo seinen Dank dafür aus, daß wir die Reden unserer Abgeordneten veröffentlichten. Es freute uns dies sehr, denn aus diesen Worten kann man ersehen, daß unsere Leser sich für die Angelegenheiten aufrichtig interessieren, welche unsere Abgeordneten sowohl im preussischen Landtage, als auch im deutschen Reichstage verteidigen und für welche sie eintreten. Es wäre um uns auch schlecht bestellt, wenn wir uns für diese Sache nicht Alle interessieren würden; handelt es sich doch um die polnische Sache!

Die Leser, welche die Reden unserer Abgeordneten lesen, ziehen hieraus auch keinen geringen Nutzen, denn einmal erinnern sie sich dessen, was wir zu fordern berechtigt sind, was man uns jedoch nicht zuerkennen will, dann aber überzeugen sie sich von der Gesinnung, welche die Preußen gegen uns hegen.

Am lebhaftesten und zahlreichsten sind die Erörterungen bei der Vertheidigung der polnischen Sprache.

Die Lage ist folgende: Wir Polen verteidigen unsere Sprache, und auf der anderen Seite bemüht man sich, die Anwendung unserer Sprache zu beschränken, um sie überall da, wo dies nur immer geht, herauszudrängen.

Die preussische Regierung scherzt in dieser Beziehung nicht. — Wer die Rede des Pfarrers von Szadzewski gelesen hat, weiß, wie es dem Eisenbahnbeamten Jarosz gegangen ist. Jarosz, ein aufrichtiger Pole, trachtete danach, daß seine Kinder in der Schule der polnischen Abtheilung zugetheilt wurden. Er stellte einen dies betreffenden Antrag, wozu er nicht nur berechtigt, sondern, was sogar seine heilige Pflicht war, und hierfür wurde Jarosz bestraft, indem man ihn aus seinem Dienst entließ; später wurde er allerdings wieder angenommen, er erhielt jedoch einen schlechteren Posten. Wir wissen auch von anderen Abgeordneten, daß die Werkmeister in manchen staatlichen Werken ihren Arbeitern polnisch zu sprechen verbieten, wir kennen auch die Erlasse der Danziger und Bromberger Regierungen, welche den polnischen Lehrern gradezu verbieten, sogar in ihren Familienkreisen sich der polnischen Sprache zu bedienen.

In Anbetracht dieser Sammlung von Thatsachen haben die Versicherungen der Minister keine Bedeutung, daß die polnische Sprache der preussischen Regierung nichts schade, und daß Niemand daran denke, die polnische Sprache auszurotten.

Wenn die Minister so sprechen, so ist es uns nicht erlaubt, ihnen Lügen vorzuwerfen, denn dafür könnten wir mit dem Herrn Staatsanwalt unliebsame Bekanntschaft machen, das aber steht uns zu sagen frei, daß Worte, eben nur Worte und Thaten, Thaten sind! Es steht uns ferner frei, zu sagen, daß eine Handlung, eine Thatsache uns mehr überzeugen würde, als die Versicherungen der Minister. Mit einem Wort, wir gelangen zu der Ueberzeugung, als ob die Herren Minister durch ihre Worte Europa gegenüber bedeuten wollten, daß sich die Polen im preussischen Staate überaus wohl befinden, daß sie sich in der verfassungsmäßigen Freiheit sehr wohl fühlen, daß Niemand gegen sie einen Finger krumm mache, geschweige denn ihrer Sprache nachstelle. Der Schein ist somit gewahrt, aber mag nur einmal irgend ein Verein das Lied: *Jeszcze Polska nie zginęła* oder ein anderes nationales Lied anstimmen, welches unsere Kinder eben so gut kennen müssen, wie die deutschen Kinder die „Wacht am Rhein“, oder der Berliner das Lied: „Im Grunewald ist Holzauktion“, dann runzelt der Minister Bosse seine Jupiterstirn und mit der Stimme des Völker erschütternden Neptun ruft er sogleich: „Auflösen diesen Verein.“

Denn im Singen der nationalen Lieder wird die polnische Agitation erblickt.

Aus alldem sehen wir, daß gradezu eine Hegejagd auf unsere Sprache veranstaltet wird, die natürlich von den Herren Ministern „nicht anerkannt“ wird, denn wer könnte es wagen, dieserhalb die Herren Minister zu beschuldigen. Das zu thun, steht selbst unseren Abgeordneten nicht frei, denn der Präsident würde sie sofort zur Ordnung rufen, und wie sollten wir arme Geschöpfe dies erst thun, denen gegenüber der Herr Staatsanwalt stets „zu Diensten“ bereit steht. Ob die Hege nun aber anerkannt wird oder nicht, ist gleichgültig, für uns genügt es, wenn wir den Eindruck gewinnen, daß eine solche systematische Hege, welche uns mit einem immer engeren Neze umgibt, wirklich existiert.

Wir können dieses Netz nicht zerreißen, aber wir können die einzelnen Maschen lockern und einen Ausweg aus den Schlingen suchen. Darüber hinaus können wir nichts thun.

Wir wissen, daß die Schule in der Angelegenheit, betreffend den polnischen Sprachunterricht, eine „Null“ ist, mit welcher nicht zu rechnen ist. Aber dafür existirt noch das polnische Haus. Hier beim häuslichen Herde muß gehandelt und gearbeitet werden.

Denken wir daran, daß so, wie die Ansiedelungskommission uns keinen Schaden zufügen kann, wenn sich nicht leichtgläubige Personen finden, welche ihre Güter zum Kauf anbieten, auch alle Ukase und Reskripte, welche auf unsere Sprache abzielen, uns nichts thun werden, wenn die Mütter und Väter ihre Pflicht erfüllen werden!

Leider aber finden sich, wie es gewiß ist, daß es Leichtgläubige giebt, welche ihr Vaterland der Ansiedelungskommission opfern, auch Väter und Mütter, welche entweder ihre Kinder polnisch zu lehren nicht vermögen, oder diese Pflicht nicht erfüllen wollen.

Und deshalb müssen wir uns mit allen gesetzlichen Mitteln vertheidigen, da wir uns nicht vollständig auf die Selbsthilfe verlassen können. Vertheidigungsmittel dieser Art sind die von den Eltern an alle Instanzen der Reihe nach gestellten Anträge, Kinder in der Schule den polnischen Abtheilungen zuzutheilen, ebenso die Anträge seitens derjenigen Personen, welche die Eltern vertreten wollen, auf Ertheilung der Erlaubniß polnischen Unterricht zu ertheilen. Die abschlägigen Antworten müssen sorgfältig aufbewahrt werden, denn sie können die Unterlage für eine andere Art Vertheidigung geben, nämlich für eine Versammlung, in welche gegen die Einengung des polnischen Unterrichts Protest erhoben werden kann. Außerordentlich wichtig ist es auch zu wissen, worüber wir bereits geschrieben haben, auf welche Weise der Religionsunterricht in den Schulen vertheilt wird. Die Eltern haben nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht zu wissen, in welcher Weise ihre Kinder den Religionsunterricht genießen.

Wenn die Eltern, welche ihre Kinder nicht polnisch lesen und schreiben lehren, sich mit Mangel an Zeit entschuldigen, so kann man eine solche Entschuldigung zeitweise gelten lassen, aber auch nur zeitweise. Dagegen kann sich Niemand mit Mangel an Zeit entschuldigen, sobald er das Kind nicht befragt, auf welche Weise ihm in der Schule polnisch und Religion gelehrt wird. Um eine solche Frage zu stellen, da wird Jeder Zeit finden, und wenn er dies nicht thut, dann sündigt er durch seine Nachlässigkeit.

Also auch eine genaue Beaufsichtigung der Schularbeiten ist wieder ein Vertheidigungsmittel.

Endlich ist ein Vertheidigungsmittel auch die nahe Fühlung mit den polnischen Zeitungen — natürlich muß man auch auf ein polnisches Blatt abonniren und es lesen.

Den polnischen Blättern muß man Alles mittheilen, aber dies muß so genau und klar geschehen, daß das, was mitgetheilt worden ist, auch vor Gericht unter dem Eide bekräftigt werden kann.

Wer nicht zutreffende Mittheilungen macht, schadet nicht nur dem betreffenden Blatte, sondern auch sich selbst und der Sache selbst!

Am allerwichtigsten aber ist es, daß Alle die Angelegenheit unserer Sprache eifrig im Auge behalten. Leider herrscht in dieser Beziehung große Gleichgiltigkeit und von dieser müssen wir uns lossagen.

Die Angelegenheit der polnischen Sprache ist eine Angelegenheit aller Polen, des Bauern, des Bürgers, des Gelehrten und Laien.

Wir hoffen, daß unsere Worte nicht ohne Wirkung verhallen!

Aus Nr. 73 des Wielkopolanin
vom 30. März 1899:

Noch etwas zur Vertheidigung der Muttersprache!

Wir werden nicht eher aufhören, über diese Angelegenheit zu schreiben, als bis das ganze Großherzogthum sich ihrer angenommen haben wird.

In der Sache selbst muß man die Form und das Wesen derselben genau unterscheiden.

Gegen wir erst einmal die formelle Seite klar. In erster Linie handelt es sich darum, ob die geringen Zugeständnisse, welche unserer Sprache durch das Ministerialreskript vom Jahre 1894 gemacht worden sind, in den Schulen noch existiren, oder ob sie durch die Ukase der Schulinspektoren oder durch die Willkür der Lehrer beseitigt worden sind. Gegen ein solches Verhalten, durch welches der polnische Sprachunterricht und der polnische Religionsunterricht beschnitten wird, muß protestirt werden, ebenso muß man bei allen Instanzen der Reihe nach dagegen Protest einlegen, daß polnische Kinder wider den Willen der Eltern in deutsche Abtheilungen hineingedrängt werden. Mögen die Eltern sich hierüber einig werden, sich beratthschlagen und dann handeln. Weiter müssen mit Hilfe von Versammlungen Protestkundgebungen gesammelt werden, wo ähnliche Verbote ergangen sind, wie die Posener Polizei gethan hat.

Der Kern der Sache aber — das Wesentliche dabei ist es, Mittel ausfindig zu machen, wie die Kinder die polnische Sprache trotz aller Schwierigkeiten erlernen können. Wir wissen sehr wohl, daß unsere Kinder aus dem polnischen Sprachunterricht in der Schule nicht großen Nutzen ziehen: wenn wir daher gegen die Beschränkung dieses Unterrichts auftreten, so thun wir dies hauptsächlich deshalb, um das zu bewahren, was uns zuerkannt worden ist, um die Behörden und Amtsstellen davon abzuschrecken, unsere Rechte auch auf anderen Gebieten einzuengen. Denn das ist gewiß, das man, sobald wir uns weich und faumselig zeigen, anfangen wird, auch auf anderen Gebieten den Kampf mit Verwaltungsmaßregeln gegen uns zu führen. Die Hauptsache ist daher, daß man in den Elternkreisen darüber einig wird, wie man die Kinder außerhalb der Schule, also zu Hause polnisch lesen und schreiben lernen soll. Auch in diesem Falle erweisen sich die Versammlungen als ein sehr wirksames und aufmunterndes Mittel. In solchen Versammlungen muß man den Eltern vorstellen, in welcher Lage sich unsere Sprache in Wirklichkeit befindet. Man muß diese Sache nicht als eine politische, sondern als eine Erziehungsfrage behandeln.

Jedes Kind muß in erster Linie seine eigene Sprache kennen, bevor es eine fremde Sprache zu lernen anfängt. Bei einer anderen Lehrmethode verkümmert der Geist des Kindes und wird abgestumpft — das Kindesgemüth schwindet hin. Auf diese Ge-

fahr muß man die Eltern beständig aufmerksam machen, und dann werden sich vielleicht Alle an den polnischen Sprachunterricht herannachen, vielleicht sogar solche, welche nur schlecht lesen können. Ein solches Resultat erhoffen wir von den Versammlungen, und deshalb empfehlen wir die Veranstaltung von solchen warm.

Aus Nr. 70 des Kuryer Poznański
vom 25. März 1899:

Für erfolgreiche Ertheilung deutschen Unterrichts.

Auf Grund von Meldungen deutscher Blätter haben unsere Zeitungen mitgetheilt, daß bestimmte Lehrer für die erfolgreiche Ertheilung von deutschem Sprachunterricht Remunerationen erhalten haben. Da die Sache keinen privaten Charakter hat, sondern mit der Tendenz, welche man den Schulen in den Landestheilen mit gemischter Bevölkerung gegeben hat, in engem Zusammenhange steht, wollen wir ihr einige Bemerkungen widmen, und unseren Lesern dabei die von uns in dieser Angelegenheit gemachten Wahrnehmungen mittheilen.

Die Lehrer selbst waren betroffen, zunächst wegen der außergewöhnlichen Höhe der Summe, die den einzelnen Persönlichkeiten gezahlt wurde, ferner wegen der großen Zahl der Bedachten, endlich, wegen des von der früheren Praxis abweichenden Prinzips, das bei der Auswahl derjenigen Lehrer in Anwendung gebracht worden ist, die jener klingenden Anerkennung für würdig befunden wurden.

In früheren Jahren überstiegen die Remunerationen, die den damit beglückten Persönlichkeiten gewährt wurden, 100 Mark nicht; in diesem Jahre dagegen betragen die Spenden mindestens 100 Mark, ja, bei den mehr Würdigen erreichten sie sogar die Höhe von 150 Mark. Ferner war die Zahl der in diesem Jahre Ausgezeichneten dreimal so hoch, wie z. B. im vorigen Jahre. Endlich wurde, während man früher bei der Vertheilung der Remunerationen das Verdienst und die Bedürftigkeit erwog, diesmal letzteres gänzlich außer Betracht gelassen.

Es ist nicht schwer zu errathen, daß der Gedanke des Kultusministeriums in dieser Frage mit dem Plane der Regierung, in intensiverer Weise an der „Stärkung des Deutschthums im Osten“ zu arbeiten, d. h. mit dem Plane einer erfolgreicherer Germanisirung durch die Schule in engem Zusammenhange steht. Aus diesen Intentionen machen die Deutschen übrigens kein Hehl. Die Absicht, in den polnischen Landestheilen reichliche Summen zu obigen Zwecken auszuwerfen, entstand im Ministerium am Ende des vorigen Jahres. Die Regierungen erhielten im Dezember Weisungen aus Berlin über die Grundsätze, von denen man sich bei der Auswahl der zu remunerirenden Kandidaten leiten lassen sollte. Die Aufstellung der Listen der zur Berücksichtigung empfohlenen Lehrer bewerkstelligen die Schulinspektoren, hier in Posen durch Vermittelung der Rektoren.

Der Posener Schulinspektor Schwalbe ließ in das Verzeichniß der Ausgewählten nicht nur Protestanten, sondern auch Katholiken, ja, sogar solche Lehrpersonen aufnehmen, welche Mitglieder des katholischen Lehrervereins waren. Die Remunerationen sollten natürlich für diese nicht der Lohn für ihre in dem katholischen Lehrerverein geleistete Arbeit sein, sondern die Erwählten nur mit einem anderen Geist und mit anderen Ueberzeugungen erfüllen.

Die Leser werden sich der am Ende des vorigen Jahres von den polnischen Blättern gebrachten Mit-

theilung über die geheime Konferenz erinnern, während deren die von dem damaligen Schulinspektor Schwalbe eingeladenen katholischen Lehrer auf die an sie gerichteten Fragen erwiderten, der polnische Religionsunterricht schwäche die Fortschritte der polnischen Schüler im Deutschen. Alle Theilnehmer an jener Konferenz sind bei der Vertheilung der Remuneration zur Berücksichtigung vorgeschlagen und auch wirklich berücksichtigt worden.

Dieselbe Gunstbezeugung traf einige jüngere polnische Lehrer. Es geschah dies in der Hoffnung und Ueberzeugung, daß sie durch hervorragende Leistungen nach der Richtung des Germanisirens hin sich für das ihnen bewiesene Vertrauen dankbar erweisen würden.

Wenngleich eine ziemlich Anzahl Posener Volksschullehrer aus dem zu Gratifikationen bestimmten Fonds geschöpft hat, so sind doch etwa acht Prozent leer ausgegangen. Unter diesen sind, wie man zugeben muß, solche Leute, die sich durch ständigen Fleiß und gewissenhafte Pflichterfüllung auszeichnen, ferner solche, welche eine zahlreiche Familie haben, für die also eine Summe von 150, und wenn auch nur von 100 Mark eine große Hilfe bedeuten würde. Diese schweigen größtentheils. Dafür zeichnen sich andere der nicht Berücksichtigten nicht durch solche Anspruchslosigkeit aus. Sie hören neiderfüllt und mißgünstig nicht auf, die Frage betreffend die Remuneration zu erörtern. Sie heben hervor, das sich unter den Ausserkorenen die unfähigsten und am wenigsten gewissenhaften Lehrer befinden. „Wenn es sich um Verdienste gegenüber dem Deutschthum handelt, wer kann da größere haben, als ich?“ sagt Herr A. „Ich schimpfe, wo es sich irgend thun läßt, über die Polen, schreibe an katatijische Blätter und ertheile zudem, wo es nöthig ist, Auskunft über die Kollegen polnischer Rationalität“, meint Herr B. „Ich verbiete den polnischen Schülern sogar in der Pause das Polnischsprechen; gebührte mir daher nicht die höchste Gratifikation?“ führt Herr C. aus.

Solche und ähnliche Klagen vernimmt man ohne Ende. Einzelne Anspruchsvolle können es nicht begreifen, daß auch katholische Lehrer Gnadenbeweise empfangen. Nach ihrer Ansicht müßten die protestantischen Lehrer das doppelte Gehalt erhalten und ihnen der gesammte Remunerationfonds zufließen.

Diejenigen Lehrer, welche eine gegentheilige Ansicht in Sachen der Remunerationen haben, wundern sich, daß im Etat des Kultusministeriums überhaupt für derartige Zwecke Fonds bereit gestellt werden. Sie sehen nämlich, wie solche Spenden den Charakter der Lehrer verderben, wie sie besonders bei jüngeren Leuten Dünkel wecken, wie sie diese Elemente edlerer Anschauungen und einer idealeren Auffassung der lehrämtlichen Thätigkeit berauben. Mit Recht heben sie hervor, daß die Regierung mit der Vertheilung von Remunerationen zugebe, daß die Lehrergehälter unzureichend seien. Weshalb werden — so fragen sie — die zu Remunerationszwecken ausgeworfenen Summen nicht lieber zur allgemeinen Aufbesserung der Lehrergehälter oder zu Beihilfen für die Gemeinden bei Schulbauten verwendet?

Wir aber, die wir nach den Intentionen forschen, von denen sich die Regierung bei der Vertheilung der Remuneration leiten läßt, bedauern vor Allem die polnischen Schüler; denn an ihrem Zell erweist sich die verstärkte Energie im germanisatorischen Wirken am nachdrücklichsten. Indem wir unsere Bemerkungen schließen, fragen wir weshalb die Regierung, wenn sie die Vertheilung von Remuneration als nutzbringend ansieht, nicht auch bestimmte Summen auswirft, um solche Lehrer zu bedenken, die sich nach erzieherischer Richtung hin, vor Allem aber durch

erfolgreiche Ertheilung von Religionsunterricht auszeichnen? Edel wäre es auch, wenn im Etat Quoten zur Honorirung solcher Lehrer angesetzt würden, die mit Erfolg polnischen Schreib- und Leseunterricht ertheilen. Dadurch, daß man die auf dem Gebiet des deutschen Sprachunterrichts geleistete Arbeit auszeichnet, setzt man in den Augen der Lehrer den Werth anderer Unterrichtsgegenstände, vor Allem denjenigen des Religionsunterrichts herab. Ist es nicht so?

Aus Nr. 66 des Dziennik Poznański
vom 21. März 1899:

Versammlungen.

Die am 19. März d. J. stattgefundenen Versammlungen mußten in jedem braven Polen Zuversicht und Vertrauen in die Zukunft wecken. Wir haben schon lange nicht mit solcher inneren Zufriedenheit den Bazarfaal verlassen. Der Tag des heiligen Joseph, des Familienpatrones, war für uns ein glücklicher Tag. Zwei Versammlungen haben in der Sprachenangelegenheit stattgefunden. Beide haben uns und der Außenwelt unsere Gesellschaft von der besten Seite gezeigt. Es handelte sich um das Befunden unserer Unzufriedenheit und Entrüstung in Folge des Verbotes des polnischen Privat-Sprachunterrichts — nicht durch leere Drohungen und reizbare Redensarten, sondern durch die mannhafte Erklärung, daß wir Gerechtigkeit fordern und die energischste Vertheidigung unseres guten Rechtes ankündigen. Indem wir allgemein die Nothwendigkeit, eine Versammlung abzuhalten, hervorhoben, waren wir überzeugt, daß hierzu ein großes inneres Bedürfnis vorhanden war. Unsere Stimme fand in der Posener Gesellschaft einen wahrhaft unerwarteten Wiederhall, der uns mit der größten Freude erfüllt. Wir wußten, daß die betreffenden Verbote eine große Entrüstung hervorrufen würden, doch hatten wir keine Ahnung, daß die Entrüstung sich gleich in einer so glänzenden und einmüthigen Kundgebung zeigen werde. Wenn unsere Gegner uns eine künstliche Agitation, eine Beeinflussung der Meinung vorwerfen sollten, so wird es genügen, auf den Umstand aufmerksam zu machen, daß kaum eine Woche seit der Zeit verfloßen ist, wo wir das Lösungswort in Betreff der Versammlung erlassen haben. In acht Tagen bringt man solche Sachen nicht zu Wege, wie wir sie gestern gesehen haben, in acht Tagen trifft man nicht die Herzen und beeinflusst die Ueberzeugung tauender Menschen, wenn ihnen nicht das dringende Bedürfnis nach dem Befunden des wahrhaft empörenden Unrechts innewohnt. Mit Recht können wir daher behaupten, daß die Manifestation eine natürliche und freiwillige war und in Folge dessen viel mehr imponirte, als wenn ihr eine lange mühsame Agitation vorangegangen wäre. Einige Bekanntmachungen in allen Zeitungen genügten, um die ganze Gesellschaft in Bewegung zu bringen. Dies verleiht ihr Kraft und — Ansehen.

Ein anderes, äußerst erfreuliches Merkmal dieser Aktion war die Einmüthigkeit. Die so lang ersehnte Eintracht kam endlich deutlich zum Vorschein; denn die ganze Presse, alle Parteien traten einmüthig und geschlossen auf, wie es stets und in Allem sein mußte, wenn es sich um die Vertheidigung der heiligsten Rechte handelt. Möchten doch von nun an alle Verdächtigungen, Einschüchterungen u. s. w. aufhören, die uns stets zur Spaltung und Schwächung führten. In der einmüthigen Kundgabe ihres Willens wird unsere Gesellschaft ihre Kraft fühlen und hoffentlich zu den früheren Lösungsworten der Eintracht und Brüderlichkeit zurückkehren. Wir werden auch nicht

fehlgehen, wenn wir sagen, daß die gestrigen Versammlungen schon durch die Zahl der Theilgenommenen selbst Eindruck machten. Nicht nur der Saal, der Vorraum, die Korridore und Treppen des Bazar, sondern auch der Hausflur unten waren vollgepfropft, und es standen auch noch auf der Straße Volksmassen, die keinen Zutritt mehr erhalten konnten. Es gab in Posen noch keine so zahlreich besuchte Versammlung, und doch hatten sich nur die Familienväter des gebildeteren Theiles des Mittel- und Arbeiterstandes versammelt. Die Intelligenz war, namentlich im Saale, schwach vertreten; sie wollte wohl den Vertretern des Volkes nicht den Platz nehmen, oder sie konnte keinen Einlaß finden, oder aber, es fürchteten Viele den berüchtigten stürmischen Verlauf Posener Volksversammlungen. Die Furcht war eine vollständig vergebliche, denn kein Miston ließ sich hören, so durchdrungen waren alle von der Pflicht des gemeinschaftlichen Handelns und Vorgehens. Die zahlreichen den Rednern gespendeten Beifallsbezeugungen bewiesen, daß die Versammelten jeden Gedanken und jeden Satz richtig aufzufassen, namentlich die Worte des Redners aus dem Volke, des Arbeiters Luczynski, wohlverstanden hatten. Bekanntlich bezogen sich die Strafen und Bedrängungen in Folge des Verbotes des polnischen Sprachunterrichts hauptsächlich auf unsere verehrten Frauen und Jungfrauen; wir finden es daher ganz natürlich, daß auch sie sich an dem politischen Deservivaustreten theilnehmen wollten. Sie veranstalteten mit vielem Ernst und Eifer eine besondere Frauenversammlung, die gleichfalls fast vollständig dem Bazarfaal füllte. Man wunderte sich gewissermaßen darüber, daß zwei Versammlungen stattgefunden haben. Das beweist aber gerade, daß es keine Zeit mehr war, eine gemeinsame Aktion zu organisiren. Die Frauenbewegung war ebenfalls eine natürliche und freiwillige und trug zur Feststellung der Thatsache bei, daß die Entrüstung sich der breitesten Schichten bemächtigt habe, wenn sogar unsere Frauen zum ersten Mal das Bedürfnis fühlten, in der polnischen Arena aufzutreten und zwar nach dem militärischen Grundsatz: einzeln marschiren, gemeinschaftlich schlagen. Dieses Vorgehen haben unsere Frauen, wie wir bereits erwähnten, mit vielem Geschick veranstaltet, denn sie schlossen sich ganz einfach den Beschlüssen der Männerversammlung an. Möge man in Berlin erfahren, daß die betreffenden Verfolgungen sogar unsere Bürgerinnen zum Vertheidigungskampfe herausgefordert haben. Wenn in der so wichtigen Angelegenheit eine gemeinschaftliche, männlich-weibliche Versammlung stattgefunden hätte, würden unsere Gegner sagen, unsere Reihen seien bereits so gelichtet, daß wir sogar die Frauen zum Kampfe heranziehen müßten. Es geht übrigens in Posen keinen so geräumigen Saal, der die zum gemeinschaftlichen Handeln mobil gemachten Reihen beiderlei Geschlechts aufzunehmen im Stande wäre. Wir sehen es nicht gerne, wenn Männer oder Frauen sich zu viel mit Politik befassen; im vorliegenden Falle erachten wir jedoch das Auftreten nicht nur der Familienväter, sondern auch der polnischen Frauen und der in dieser Angelegenheit so sehr interessirten Jungfrauen als eine sehr glückliche und nützliche Episode unserer heldenmüthigen Vertheidigung. Und nun noch Eins. Ueberall, wo dergleichen Verfolgungen wie in Posen stattfinden, also z. B. in Krotoschin, Neutomischel u. s. w., müßten solche Versammlungen, in denen unsere Unzufriedenheit und Entrüstung zum Ausdruck kämen, veranstaltet werden. Diese Versammlungen müßten sich ebenfalls, wie die Posener, durch Eintracht und Einmüthigkeit auszeichnen. Je mehr Versammlungen, Bittschriften, Deputationen sein werden, um so eher werden sich unsere Gegner davon überzeugen, daß, wenn sie auf dem eingeschlagenen Wege fortschreiten, sie zur Bedeckung des polnischen Selbstbewußtseins und der

Erkenntniß immer mehr beitragen werden, daß es auf dieser Welt keine Macht giebt, die uns zur Aufgabe unserer Muttersprache zwingen könnte. Dies haben alle Versammelten mit lauter Stimme, fast mit ihrem Eide bekräftigt. Gleichzeitig müßten Personen, die sich der Ertheilung des polnischen Privat-Sprachunterrichts gerne unterziehen wollen, bei der Polizeibehörde dieserhalb um die Erlaubniß einkommen, denn Manche sind der Ansicht, die Verfolgungen seien gegen den nicht konfessionirten Unterricht gerichtet. Einige Versuche nach dieser Richtung hin werden Licht in die Sache bringen.

Aus Nr. 70 des Dziennik Poznański
vom 25. März 1899:

Die durch das Verbot der Ertheilung des polnischen Privat-Sprach-Unterrichts hervorgerufene Bewegung weckt die verschiedensten Gedanken, welche von ihrer Wirkung ein gutes Zeugniß ablegen. Jeder kann seine Ansicht haben, wir achten eine jede, doch sprechen wir auch die unsrige aus. Es erscheint uns ungeeignet, unsre Geistlichkeit zu einer solchen Bittschrift, wie sie die obereschlesische Geistlichkeit überreicht hat, zu drängen. Eine unter dem Druck der Presse hervorgegangene Bittschrift würde von vornherein bedeutungslos werden. Uebrigens, wenn zwei dasselbe thun, so ist es nicht dasselbe. In Oberschlesien wollte die Geistlichkeit Regierung und Volk überzeugen, daß sie mit dem Volke halte. Bei uns ist das nicht nöthig. Mit der Zeit, wenn sich die Sozialdemokratie in Westpreußen mehr fühlbar machen wird, wird vielleicht die dortige Geistlichkeit dem Beispiele der obereschlesischen Priester folgen müssen.

Dagegen finden wir einen andern Vorschlag recht zeitgemäß: nämlich nach den Feiertagen, eine von mindestens zwei weltlichen Delegirten aus jeder Parochie beschickte Generalversammlung aus der ganzen Provinz, zwecks Besprechung der Mittel zum Schutz unserer Sprache, einzuberufen. Wir werden ersucht, diesen Gedanken der Erwägung der breiten Bevölkerungsschichten anheim zu geben, denn an vielen Orten herrsche in Betreff der Schutzmaßregeln eine große Zaghaftigkeit und Unbeholfenheit. Wir sind mit diesem Gedanken einverstanden und ersuchen nach dieser Richtung hin um weiteren Meinungsaustausch und wir werden mit anderen Bürgern zusammen, gleich nach den Feiertagen, gerne an dessen Ausführung herantreten.

Aus Nr. 74 des Ogedownik
vom 31. März 1899:

Posen, den 30. März.

In der Angelegenheit des polnischen Privat-Unterrichtes macht man uns aufmerksam, daß man aus unserm gestrigen Artikel schließen könnte, wir riethen, daß sich alle mit Strafen bedrohten Damen in einer Kollektiv-Petition um Ertheilung der Erlaubniß polnischen Schreib-, Lese-Unterricht geben zu dürfen, an die Regierung wenden sollten.

Dies hatten wir augenscheinlich nicht im Sinn, um jedoch allem Zweifel vorzubeugen, wiederholen wir nochmals, daß wir die Weisung ertheilen wollten, jede dieser Damen solle besonders, auf eigene Faust einen Antrag bei der Regierung um Erlaubniß zur Ertheilung von polnischem Privatunterricht einreichen.

Mit Rücksicht auf die Verwirrung, welche in dieser Angelegenheit bereits herrscht und aller Wahrscheinlichkeit nach noch größeren Umfang annehmen wird, und mit Rücksicht darauf, daß die preussische Regierung am allerwahrscheinlichsten keinen Schritt von ihrer jetzigen Position abweichen wird und sich, nicht etwa der Abwechslung wegen, eine kleine Abweichung erlauben wird, erachten wir das schließliche Ergebniß der von den Posener Damen gemachten Anstrengungen zwecks Aufklärung der Frage: „Was ist hier erlaubt, und was ist nicht erlaubt? — Was ist in dieser Sache möglich und was ist nicht möglich?“ als das augenblicklich Wichtigste.

Was die Posener Damen auch für ein Resultat erreichen werden, so werden die daraus zu ziehenden Konsequenzen nicht nur auf sie, sondern auf die ganze Gemeinschaft Bezug haben, denn sie geben der Volksgemeinschaft über die Lage der ganzen Frage Rechenschaft und formuliren ihr die Pflicht einen Weg zu suchen, um den Kindern die Fertigkeit im polnischen Lesen zu sichern.

Zur Vervollständigung unseres gestrigen Artikels fügen wir noch hinzu, daß es im Interesse der Sache liegt, daß jede der Damen einen auf von einander abweichende Verhältnissen gestützten Antrag an die Regierung stelle. Es möge also die eine Dame um die Erlaubniß bitten, nur 2 Kinder unterrichten zu dürfen, eine zweite Dame nur 3, eine andere nur 4, um bei den verschieden gestellten Anforderungen unterscheiden zu können, wie weit die Regierung in ihren Abjagen gehen wird. Deshalb möge auch Eine den Antrag stellen, nur Leseunterricht, eine Andere Schreib- und Lese-Unterricht ertheilen zu dürfen.

Es ist selbstverständlich, daß diejenigen Damen, welche eine entsprechende Qualifikation besitzen, beantragen können, ihnen die Erlaubniß zur Ertheilung polnischen Unterrichtes überhaupt, nämlich an schulpflichtige Kinder ohne Unterschied der Nationalität zu geben, wie dies die Regierung vielen anderen Personen erlaubt hat.

Daraus werden wir ersehen, was dies für ein Resultat ergeben und welches der gesetzliche Standpunkt dieser Selbsthilfe der Gesamtheit sein wird. An diesem Resultate muß, wie wir schon erwähnt, unserer Gemeinschaft viel gelegen sein, denn die ganze Angelegenheit der Posener Damen ist nur ein Glied aus der langen Kette des Kampfes um unser nationales Dasein.

Aus Nr. 69 des Dziennik Kujawski
vom 24. März 1899:

Wohl das einzige öffentliche Institut in Inowrazlaw, welches mit der allgemeinen Entwicklung der Stadt nicht Schritt hält, ist wunderbarer Weise das Inowrazlawer Gymnasium. Diese Anstalt, welches sich früher eines überaus guten Rufes und großer Beliebtheit im ganzen Großherzogthum erfreute, geht seit einigen Jahren, was die Zahl der Schüler anbetrifft, beständig zurück. Auch das neueste in diesen Tagen herausgegebene Schulprogramm zeigt eine Abnahme der Schüler. Das Schuljahr 1898/99 begann in den Gymnasialklassen mit 274 und endigte mit 267 Schülern; in der Vorbereitungsschule waren am Anfang des Jahres 47, und am Ende 73 Schüler. Unter der ersten Zahl, also in den Gymnasialklassen befanden sich 111 Evangelische, 96 Katholiken, 9 Dissidenten und 51 Juden; in den Vorbereitungsklassen 21 Evangelische, 13 Katholiken, 1 Dissident und 13 Juden; 187 Schüler stammten

aus der Stadt, 75 aus anderen Ortschaften Preußens und 5 aus dem Auslande. Als Grund für die Abnahme der Zahl der Schüler benennen manche den Umstand, daß hier seit einigen Jahren eine Mittelschule existirt, welche bereits mehr Schüler zählt als das Gymnasium. Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß diese Schule dem Gymnasium einen gewissen Prozentsatz der Schüler fortgenommen hat, aber bei der fortdauernden Zunahme der Bevölkerung der Stadt und dem beständigen Zuzuge von neuen Beamtenfamilien müßte sich doch auch das Gymnasium heben und nicht zurückgehen. Es ist endlich auch allgemein bekannt, daß sehr viele Söhne von Bürgern dieser Stadt andere Gymnasien besuchen, z. B. das Gymnasium in Kulin, obgleich dies für die Eltern mit großen Kosten verknüpft ist. Der eigentliche Grund dafür, daß das hiesige Gymnasium zurückgeht, ist wohl der hakatistische Geist, welcher im Lehrerkollegium herrschte und auch jetzt noch herrscht. Außer dem Direktor gehörten noch einige Professoren der hiesigen hakatistischen Ortsgruppe an und sie waren sogar deren Vorsitzende und Hauptanführer. Zwei dieser Herren sind in letzter Zeit verstorben, andere indeß nehmen deren verwailte Stelle in der hakatistischen Ortsgruppe wieder ein. Wenn die Schüler beider Nationalitäten in der Schule auch gerecht behandelt werden, so schreckt schon die Thatsache allein, daß unter den Professoren ein solcher Geist herrscht, viele Familien ab, ihre Söhne ins Snowrazlawer Gymnasium zu schicken. Die Stadt leidet hierunter unzweifelhaft sehr.

Aus Westpreußen, Ostpreußen und Pommern.

Aus Nr. 36 der Gazeta Grudziadzka vom 25. März 1899:

Der preußische Justizminister Herr Schönstedt

hat sich, wie wir aus dem amtlichen Bericht über die Landtagsberatungen in Sachen der Gazeta Grudziadzka ersehen, herausgenommen, unser Blatt eines der allerschlimmsten Heßblätter zu nennen. Der Herr Justizminister hat sich hier eine Beleidigung unserer Gazeta Grudziadzka zu schulden kommen lassen; leider können wir ihn jedoch für diese Beleidigung nicht vor die Gerichtsschranken fordern, da er unter dem Schutze der Immunität steht, welche ein Recht der im Landtage sprechenden Abgeordneten und Regierungsvertreter ist. Herr Minister! Möchten sie Ihre Worte nicht öffentlich außerhalb des Landtags wiederholen? Denn es ist ja leicht, jemanden zu beleidigen, wenn man weiß, daß der Beleidigte sich nicht zu seinem Rechte zu verhehlen vermag!

Sehen Sie, Herr Minister, wenn wir Ihnen in unserem Blatte auf Ihre beleidigenden Worte laut antworten wollten, dann würden wir es sofort mit dem Herrn Staatsanwalt zu thun bekommen. Jedes Unrecht fordert Sühne und Strafe. Möge also der Herr Minister seine uns beleidigenden Worte zurücknehmen oder sie auf eine solche Art wiederholen, daß wir das uns zugefügte Unrecht bei der deutschen Justiz verfolgen können. Wir warten also, Herr Minister!

Aus Nr. 85 der Gazeta Grudziadzka vom 23. März 1899:

Unser „Zakai“

(gemeint ist der Grandenzer Gesellige. Red. d. Ges. Ueberb.) ist schrecklich aufgebracht über unsern Re-

dakteur Herrn Majerski, weil dieser dagegen protestirt hat, daß der Herr Landgerichtsrath Lüdtko ihn für einen Deutschen erklärte. Es kränkt den „Zakai“, daß Herr Majerski die Wohlthat, sich einen Deutschen zu nennen, mit Entrüstung zurückweist. Das Blatt meint weiter, daß Herr Majerski, wenn es ihm im deutschen Reiche so schlecht gefalle, sich fortmachen solle in ein anderes Land, wo ihm wohler sei. Daß ein ehrlicher Mensch sein Vaterland gerade dann aufs Wärmste lieben kann, wenn es in Knechtschaft gefallen ist, daß er dieses sein Land und seine Landsleute gerade im Mißgeschick nicht verlassen darf, sondern daß er auf dem Boden seiner Väter mit den Landsleuten dieses blutige Brot der Verwailung und der Knechtschaft zu theilen hat, das kann eine solche Geselliger-Seele nicht begreifen. „Da ist mein Vaterland, wo die Schlüssel gefüllt ist“, — das ist der Grundsatz solcher Leute vom Schlage des Geselligen

Der „Zakai“ meint auch, Herr Majerski habe dankbar zu sein für den Schutz, den er unter den deutschen Gesetzen genieße. Nun, um die Wahrheit zu sagen, dieses Schutzes der deutschen Gesetze über unsre Redakteure gab es manchmal etwas zu viel, manchmal aber dafür gräßlich wenig. Wo war dieser Schutz, als eine Schaar Anhänger des Geselligen Herrn Majerski im hiesigen Schützenhause anfiel? Wo war dieser Schutz, als ein Polizist Herrn Majerski rechtswidrig in der Expedition unsres Blattes anhielt? Wo bleibt endlich dieser Schutz, wenn der preußische Pöbel infolge der durch den Geselligen ausgesprochenen Worte des Herrn Landgerichtsrath Lüdtko Herrn Majerski auf der Straße in frecher Weise anfällt? Hier wäre dieser Schutz am Platze, jedoch ist von ihm bisher eigentlich nichts zu sehen!

Aus Nr. 69 der Gazeta Toruńska vom 24. März 1899:

Die Landtagswahl in Konik

wird, nachdem das Mandat des Herrn Kersten für ungiltig erklärt worden ist, wahrscheinlich in Kurzem stattfinden. Wir hoffen, daß die polnischen Wahlmänner diesmal ihre Stimmen nur für den polnischen Kandidaten abgeben werden. Das Eintreten für einen Deutschen würden wir in Anbetracht unsrer Stimmenzahl für nationalen Verrath ansehen.

Aus Nr. 70 der Gazeta Grudziadzka vom 25. März 1899:

Der deutschkatholische Verein

hat sich in der letzten Sitzung mit unserm Blatte befaßt. Der Vorsitzende trat, wie wir dem gleichlautenden Referat der drei hiesigen lutherischen Blätter ersehen, schützend für die Herren Vikare Deja und Hasse ein, die seiner Ansicht nach den polnischen Zeitungsschreibern mit nichts zu nahe getreten seien, sondern ausschließlich die Interessen der deutschen Katholiken vertreten hätten, ohne die Polen irgendwie zu schädigen. Darauf erwidern wir: Hier handelt es sich nicht um die polnischen Zeitungsschreiber, sondern um die öffentliche Sache. Die Geistlichen sind für alle Katholiken da; wenn sie also ausschließlich die Interessen der Deutschkatholiken vertreten, denen Entnationalisirung droht, dann schädigen sie

damit die von der Germanisirung bedrohten Polen, d. h. die Mehrheit der Parochianen, für die sie angestellt sind.

Aus Nr. 72 der Gazeta Toruńska
vom 29. März 1899:

Zur Erbauung!

Aus dem Strassburg'schen schreibt man uns:

„In unseren Blättern ist von dem Verkauf des den Herrschaften von Kraszewski gehörigen Gutes Kruszyń an Herrn Makowski aus Subkau berichtet worden, jedoch ohne Angabe näherer Details. Zur Erbauung der Gesamtheit sei mir gestattet, Einiges zu schildern, um so mehr, als ich Alles aus der Nähe mit angesehen und angehört habe.

Jeder der Großgrundbesitzer lebt heut unter schwierigen Verhältnissen, am meisten aber diejenigen Familien, welche seit Langem materiell schlecht standen. Sie haben oft mit so unangenehmen Umständen zu kämpfen, daß sie verzweifeln würden, wäre ihnen nicht eine tiefere religiöse und sittliche Grundlage an-erzogen.

Das Kämpfen mit Schwierigkeiten, der sogenannte Kampf ums Dasein, beugt die Menschen entweder, oder es treibt sie manchmal zu unedlen Handlungen, oder es hebt sie und macht Helden aus ihnen. Die Kraszewski'sche Familie kann uns hier am besten als Beispiel dienen. Ganze Jahre lang kämpfte sie mit dem Geschick, lange Monate hatte sie mit so verzweifelten Verhältnissen zu thun, daß einzig eine höhere sittliche Kraft und die heiße Liebe zum väterlichen Boden die ganze ehrenwerthe Familie in dem gräßlichen Kampfe um die Existenz aufrecht zu erhalten vermochten. Es hat so verzweiflungsvolle Momente gegeben, daß nächstehende Personen, die wenigstens etwas retten und dieser thatächlichen Qual ein Ende bereiten wollten, direkt riethen, sich an die Ansiedelungs-Kommission zu wenden.

Und was geschah da in Kruszyń? Welche Szenen ereigneten sich da? Szenen würdig heldenhaft genannt zu werden! Der geehrten Familie dünkte es, als breche das jüngste Gericht über sie herein. Da ließ sich das Haupt der Familie, Frau Josepha von Kraszewska, geb. Biesiekierska, die einstige Besitzerin von Tarkowo in Kujawien folgendermaßen vernehmen: „Wenn uns auch das größte Mißgeschick plagt, so wollen wir uns doch mit Gewalt des teuflischen Gedankens, Kruszyń der Ansiedelungs-Kommission zu verkaufen, erwehren. Lieber wollen wir zum Bettelstabe greifen und jeden Lebensunterhalt entbehren, als uns damit beflecken, daß wir den Boden Fremden verkaufen. Ihr bringt mich nur als Leiche aus Kruszyń!“

Und der jüngere Nachwuchs erklärte: „Nehmt uns das letzte Kleid, gebt aber Kruszyń nicht in fremde Hände! Wenn dieser Boden in die Hände der Ansiedelungs-Kommission übergeht, so will ich keinen Heller von dem Judasgelde für meine fernere Ausbildung!“

Die ganze Familie betete Tag und Nacht zum Herrn der Heerschaaren, sie brachte sogar Opfer für das ganze Leben, um nur ihren lieben Boden und unser Volk nicht in fremde Hände zu geben. Das sind Thaten und Worte, welche der Helden würdig sind.

Gott, der Herr erhörte die Gebete und lohnte dies ehrenwerthe Verhalten; denn Kruszyń erwarb einer unsrer Landsleute, und das Geschäft gestaltete

sich so, daß die Familie Kraszewski zufriedengestellt ist. Viel haben zur Rettung von Kruszyń auch die Personen beigetragen, welche sich mit der Regelung der Angelegenheiten des Gutes befaßt haben, indem sie mittel- oder unmittelbar mit Rathschlägen, Projekten und Dienstleistungen beizuhelfen. Auch ihnen gebührt Anerkennung. Der Herrschaft Kraszewski, die wohl nur noch kurze Zeit unter uns weilen werden, wünschen wir alles Glück für die Zukunft, und zugleich bemerken wir, daß die geehrte Familie Anerkennung seitens unsrer Volksgeamtheit verdient hat.

Freuen wir uns im Herrn und schöpfen wir Muth; denn wenn es unter unseren Großgrundbesitzern noch Leute von so ehrenwerthem Charakter giebt, die von solcher Liebe zu allem, was unser ist, entbrannt sind, dann können wir mit vollem Vertrauen auf die Barmherzigkeit Gottes in die Zukunft blicken.

Aus Nr. 38 der Gazeta Gdańska
vom 30. März 1899:

Mit Vergnügen veröffentlichen wir folgendes uns zugegangene Schreiben:

„Sarpa, 28. Februar 1899.

Berehrter Herr Redakteur!

Mit Bezug auf die Anfragen in Nr. 37 der Gazeta Gdańska, ob es wahr sei, daß ich wegen Verkaufs des Gutes Sarpa mit der Ansiedelungs-Kommission verhandelt habe, antworte ich ergebenst, daß der Gesellige gelogen hat; es ist Alles Lüge, ich verkaufe Sarpa nicht und habe mit der Ansiedelungs-Kommission nicht verhandelt.

Mit Hochachtung!

J. v. Prondzinski“.

Aus Nr. 40 der Gazeta Gdańska
vom 2. April 1899:

Czerstk.

Der lutherische Steuerkontroleur Kether begegnete am Donnerstag auf der Straße einem Begräbniszuge; er rief demselben zu, ihm aus dem Wege zu gehen. Das Geleit ging ungeachtet seiner Aufforderung weiter. Er trieb sein Pferd zum Trabe an und fuhr mit seinem Gespann zwischen Sarg und Pfarrer über die Straße und hätte beinahe den Pfarrvikar verletzt. Mit dieser Angelegenheit wird sich binnen Kurzem das Gericht zu beschäftigen haben; es wäre gut, wenn solche Ausschreitungen streng bestraft werden würden.

Aus Nr. 71 der Gazeta Toruńska
vom 28. März 1899:

Löbau.

Es ist eine Aenderung nothwendig.

Im vorigen Jahre wurde der Katechismus der Kulmer Diözese aus dem hiesigen Gymnasium und der höheren Mädchenschule durch den Pfarrer Dr. Klebba eigenmächtig entfernt und der Katechismus der Diözese Köln eingeführt. Da nun diese Aenderung bei der hiesigen Bevölkerung eine große Unzufriedenheit hervorgerufen hat, wurde auf Anordnung der

höheren Schulbehörde der fremde Katechismus wieder abgeschafft und der Kulmer Katechismus wieder eingeführt. — In der höheren Mädchenschule ist der Kölner Katechismus noch verblieben und dies bedarf der Aenderung.

Deshalb richten wir an die hohe erzbischöfliche Behörde die Bitte, sich dieser Sache anzunehmen und zu erwägen, ob der Diözesal-Katechismus wirklich die Grundsätze unserer heiligen Religion in so unzugänglicher Form lehrt, daß es nothwendig geworden ist, zum Kulmer Katechismus zu greifen. Aus scheint es, als ob hier die Politik eine gewisse Rolle spielt und zwar zum Schaden der lernenden polnischen Jugend. Aus diesen Gründen müßte der Kölner Katechismus mit Beginn des neuen Schuljahres durchaus abgeschafft werden, wie er bereits aus dem Gymnasium abgeschafft worden ist.

Aus Nr. 37 der Gazeta Gdańska
vom 28. März 1899:

Von diesen mehr!

Alt-Rischau, 23. März.

Daß nicht alle Deutschen von der Ausaat des H.-K.-Tismus angesteckt sind, beweist nachstehendes Vorkommniß:

Am Dienstag den 21. d. Mts. feierte der hochwürdige Pfarrer J. S. seinen Namenstag. Bei dieser Gelegenheit entspann sich unter der versammelten Geistlichkeit der Umgegend und einiger Herren ein Gespräch über den Verein zur Unterstützung der lernenden Jugend. Ein evangelischer Herr, Herr T., Besitzer des Gutes G. P., machte dem genannten Vereine ein Geschenk von 13 Mk.; außerdem sammelte er von allen Anwesenden zu demselben Zwecke kleine Gaben, wobei 50 Mk. zusammengekommen sind, die er dem Vertrauensmann mit dem Bemerkten übergab, die Summe an die Hauptkasse des Vereins abzuführen. Hierbei muß bemerkt werden, daß derselbe Herr T. schon seit einigen Jahren 3 Mk. jährlich zu diesem Zweck giebt; er wünscht jedoch nicht, daß er namhaft gemacht werde.

Es ist wahr, daß die Agitation des früheren Schriftführers des H.-K.-T.-Vereins, Herrn v. Vinzer in unserer Umgegend reichliche Früchte gebracht hat, wie sich die lieben Landsleute aus der Aufsehen erregenden Alt-Bukowiger Affäre überzeugen konnten, wo s. Zt. ein Gehöft abbrannte und man nachher hegende Plakate anbrachte, als ob die Polen aus Haß gegen die Deutschen jenes Gehöft angesteckt hätten; als sich aber die Sache aufklärte, ist sie, als wenn es ein ganz geringfügiges Vorkommniß sei, vollständig verstummt und, soviel mir bekannt, gänzlich straflos abgelaufen.

Auch aus dem Verlauf des Prozesses gegen den Lehrer des Nachbardorfes Konarszyn Herrn Buchholz, welcher schon seit mehreren Wochen vom Amte enthoben ist, als ob er ein Verbrechen begangen hätte und zwar nur deshalb, weil er in einem Lokale anwesend war, in dem ein polnisches Liebhaber-Theater gespielt wurde, kann man diese Ueberzeugung gewinnen. Bemerkt muß werden, daß er nicht in dem Saale war, wo die Vorstellung stattfand, sondern im Nebenzimmer saß. Vor einigen Jahren soll er auch bei einer Hochzeit, wo die Musik die Melodie „Noch ist Polen nicht verloren“ spielte, den Gesang begleitet haben, was ihm aber nicht nachgewiesen werden konnte.

Den allerneuesten Beweis des Chauvinismus gab vor einigen Wochen ein hier allgemein bekannter

Postvorsteher; er ging von Haus zu Haus und agitirte gegen die polnischen Zeitungen. (Es ist dies derselbe, dessen Eifer Veranlassung gewesen ist, daß ein Briefträger, der bereits 25 Jahre im Amte und dabei grau geworden war, dafür, daß er bei den Landtagswahlen polnisch gewählt hatte, irgend wohin bis hinter Stralsund verlegt wurde.) Augenscheinlich hat es den Postvorsteher gewurmt, daß der Gutsbesitzer aus dem benachbarten Dorfe, ein Evangelischer, seinen polnischen Leuten die polnischen Zeitungen durch seinen Boten und noch umsonst von der Post abholen läßt. Jedoch der Aermste hat sich gründlich geirrt, denn Gott sei Dank sind noch nicht alle Deutschen von der Krankheit des Chauvinismus befallen. Jener Herr fertigte ihn derartig ab, daß er jene Mission wahrscheinlich lange Zeit unterlassen wird; es ist auch ein Glück, daß er sich entfernte, als man ihm zum zweiten Male die Thüre wies, da er leicht hätte hinausgeworfen werden können. — Der Herr, welcher ihn derartig abfertigte, ist derselbe, der sich dem Verein zur Unterstützung der lernenden Jugend so geneigt zeigte.

Wir sehen also, daß, wenn auch solche Ausnahmen sehr selten sind, dennoch sich unter den Deutschen Leute befinden, die unsere Vernichtung nicht wünschen, sondern sich darum bemühen, unsere guten Zwecke zu unterstützen.

Aus Nr. 37 der Gazeta Grudziadzka
vom 23. März 1899:

Schweß.

Etwas Neues! Der Maler Herr Marian Jasiwicz hat vom Magistrate das nachstehende Schreiben erhalten:

Polizei-Verwaltung
der Stadt Schweß.
J.-Nr. 878. II.

Schweß, den
19. März 1899.

„Sie haben auf Ihrem Schilde resp. an Ihrem Hause in der Karlstraße die Inschrift „Maler“ und „Lager von Tapeten“ zuerst polnisch, dann deutsch. Da der deutschen Landessprache der Vorzug zusteht, haben Sie die Inschrift zuerst deutsch zu setzen.

Wird dieser Verfügung nicht binnen 6 Wochen genügt, so werden wir auf Grund des § 132 ad 1 und 2 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 eine Geldstrafe von 60 Mark festsetzen, an deren Stelle im Falle des Unvermögens eine Haftstrafe von sechs Tagen tritt.

Gegen diese Verfügung finden die in den §§ 127—129 des obengenannten Gesetzes bezeichneten Rechtsmittel Anwendung.

Geisler.

An den Maler Herrn
Jasiwicz
hier.

Daselbe Schreiben erhielten auch der Tischlermeister Michalowski und der Barbier Gabryszewski.

Das ist doch wirklich gut.

Bitte darauf zu achten, daß auch der Name in dem beregten Aktas verdreht ist. Es ist selbstverständlich, daß Herr Jasiwicz diese Sache nicht hingehen lassen wird, denn derartige Verfügungen kann man nicht ohne Weiteres hingehen lassen. Man kann ihnen auch nicht mit Stillschweigen begegnen. Hier muß entschieden geantwortet werden.

Polnische Kaufleute und Handwerker in polnischen Städten, welche auf ihren Schildern noch keine polnischen Aufschriften haben, müßten sofort polnische Aufschriften anbringen lassen.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 22 der Gazeta Opolska
vom 17. März 1899:

In Folge der

Bittschrift der Geistlichkeit

beschuldigt die freisinnige, den Polen mißgünstige Berliner Bossische Zeitung die obereschlesische Geistlichkeit der großpolnischen Agitation. Sie beweist, daß überall an der Spitze der obereschlesischen Vereine Vikare ständen und sich zu den eifrigsten polnischen Agitatoren ausbildeten.“ Das ist beileibe nicht wahr! An der Spitze rein polnischer Vereine giebt es auch nicht einen einzigen Vikar. Alle Geistlichen, namentlich aber diejenigen, die noch nicht Pfarrer sind, halten sich mit großer Vorsicht fern von diesen Vereinen, um nicht in Ungnade zu verfallen. Wegen der schwierigen Verhältnisse, in welchen sich die Geistlichkeit, namentlich in Oberschlesien, befindet, kann man sich darüber aus verschiedenen Gründen nicht wundern. Die Vikare stehen einzig und allein an der Spitze deutscher, so zu sagen zweisprachiger Vereine, die sich theils aus polnischen, theils aus deutschen Mitgliedern zusammenziehen und in denen einmal in dieser, ein andermal in jener Sprache gesprochen wird. Diese Vereine tragen gewöhnlich einen deutschen Namen, z. B. „Katholischer Arbeiterverein“, „Männerverein“ u. s. w., und haben einen ausschließlich katholischen Charakter; die nationale Frage ist dort vollständig Nebensache. Die deutschen, nicht-katholischen Zeitungen schreiben meist aus dem Stegreif, ohne die Verhältnisse zu kennen, mitunter entstellen sie absichtlich die Wahrheit, und dies geschieht Alles zum Schutze des bedrohten „Vaterlandes“.

Aus Nr. 24 der Gazeta Opolska
vom 24. März 1899:

Ehre sei der

Oberschlesischen Geistlichkeit

dafür, daß sie eine Bittschrift nach Berlin entsendet hat. Sie hat den Wunsch des Volkes erfüllt. Die obereschlesischen Polen wünschen das längst, was die Bittschrift enthält. Das Volk macht in religiöser Beziehung Rückschritte, denn uns Oberschlesiern ist alles Fremde gleichgiltig. In einigen Tagen soll meine Tochter zum ersten Mal das heilige Abendmahl empfangen. Ich entsinne mich dessen ganz genau, als ich konfirmirt werden sollte, wie sich da meine Eltern gefreut hatten und bis zu Thränen gerührt waren, als der ehrwürdige Priester in einer uns verständlichen Sprache zu uns sprach. Wenn aber unsere Kinder jetzt das Abendmahl empfangen sollen, welche Freude kann uns das bereiten, wenn der Geistliche in einer fremden Sprache zu ihnen spricht? Soll uns Eltern das freuen? Nein, denn nur die Muttersprache trifft wahrhaft zu den Herzen. Vielleicht wird wieder Jemand sagen, ich übe Kritik oder ich sei Sozialdemokrat. Ich werde ihm antworten, daß ich ein fester Pole und Katholik bin, treu zur katholischen Kirche halte und hoffe, daß uns mit Gottes Hilfe nicht nur die irdischen Mächte, sondern auch die Pforten der Hölle nicht bezwingen werden.

Aus Nr. 67 des Oꝛędownik
vom 22. März 1899:

Zu der Petition der obereschlesischen Pfarrer

meint der Oꝛędownik:

Diese Bittschrift ist thatsächlich eine politische Ueberraschung; denn nach der bisher von den obereschlesischen Geistlichen der national-polnischen Bewegung in Oberschlesien gegenüber beobachteten Haltung konnte man alles eher von ihnen erwarten, nur nicht dies.

Wahr ist, daß die Pfarrer in allen in Schlesien abgehaltenen katholischen Volksversammlungen Resolutionen eingebracht haben, worin für die Polen, Mähren und Ozechen Religionsunterricht in der Muttersprache gefordert wurde; niemals sind die Pfarrer jedoch mit einer derartigen Beweisführung für die polnische Sprache eingetreten, und niemals haben sie sich direkt an den Kultusminister gewendet.

Was die obereschlesischen Pfarrer zu diesem Schritte bewogen haben mag, darüber kann man sich verschiedene Gedanken machen. Die Thatfachen bestätigen, daß alle ihre Anstrengungen, die nationale Volksbewegung in Oberschlesien zu brechen, fruchtlos gewesen sind. Die von ihnen zu dem Zwecke, den Katolik todzumachen, ins Leben gerufenen Blätter haben ihnen nur große Ausgaben verursacht und dem Katolik nichts geschadet; im Gegentheil, das obereschlesische Volk scharte sich noch mehr um das Blatt. Viele Erscheinungen sprechen auch dafür, daß die Autorität der Pfarrer bei dieser Bekämpfung der nationalen Volksbewegung in den Augen des Volkes immer mehr gesunken ist. Die Regierung, welche die Zahl der sozialistischen Stimmen bei den letzten Reichstagswahlen in Oberschlesien erfahren hat, mußte auch die dortigen Pfarrer zum Nachdenken veranlassen. Daß Kardinal Kopp für diese Petition sein soll, ist ebenfalls bezeichnend.

Was auch die Pfarrer zu diesem unerwarteten Schritt bewogen haben mag, jedenfalls muß er mit Anerkennung begrüßt werden. Es wird sich nur darum handeln, was der Herr Kultusminister Dr. Bosse dazu sagen wird, der bis jetzt aus dem Zauberkreise der Legenden von der großpolnischen Agitation noch keinen Ausweg gefunden hat.

Aus Nr. 69 des Oꝛędownik
vom 24. März 1899:

Die Petition der obereschlesischen Pfarrer

ist eine thatsächliche Ueberraschung gewesen. Was auch die obereschlesischen Pfarrer zu diesem Schritte bewogen haben mag, Thatfache ist, daß sie in ihrer Bittschrift für die polnischen Kinder polnischen Religionsunterricht in der Schule fordern.

Sie begründen diese Forderung damit, daß die polnischen Kinder, wenn sie in der Schule nicht polnischen Religionsunterricht erhielten, die Schule ohne das erforderliche religiöse Wissen verließen, was in der Folge den Pfarrern selbst die Vorbereitung der Schulkinder für den Empfang der heiligen Sakramente in hohem Grade erschwere. Kurz, die obereschlesischen Pfarrer sind schützend für die religiöse Erziehung der polnischen Kinder eingetreten, und als erste Bedingung haben sie in der Bittschrift die Wiederanwendung der polnischen Sprache beim schulpflichtigen Religionsunterricht gefordert.

Ähnliche Verhältnisse, wie die obereschlesischen, haben wir auch bei uns im Großherzogthum. In

sehr vielen Volksschulen wird die Religion deutsch gelehrt, und das polnische Gebot wird immer mehr und, — wenn man sich so ausdrücken darf, demonstrativ aus den Schulen ausgerottet. Die Klagen darüber sind allgemein. Auch bei uns wie in Oberschlesien ist aus diesem Grunde die religiöse Erziehung der polnischen Kinder bedroht. Vor Kurzem haben wir darauf hingewiesen, daß für diese bedrohte religiöse Erziehung unsrer Kinder in erster Linie die kirchliche Behörde und die Geistlichkeit einzutreten habe. Davon ist augenblicklich bei uns nichts zu hören; dagegen werden in manchen unsrer Zeitungen Aeußerungen laut, daß die Eltern selbst in erster Linie für die Kinder einzutreten hätten. Was von diesen Aeußerungen zu halten ist, darüber haben wir uns bereits ausgelassen.

Jetzt, nachdem die Petition der ober-schlesischen Geistlichkeit veröffentlicht und im Landtage besprochen worden ist, drängt sich wider Willen die Frage auf: „Könnte die großpolnische Geistlichkeit das Beispiel der ober-schlesischen Pfarrer nicht befolgen und mit einer gleichfalls begründeten Bittschrift auf den Plan treten?“

Indem wir diese Frage, die sich doch einem Jeden von selbst aufdrängen muß, stellen, wissen wir sehr wohl, daß unsre Geistlichkeit ihrer seelsorgerischen Pflichten mit Bezug auf die Erziehung der polnischen Jugend sich wohl bewußt ist und daß sie dessen nicht bedarf, daß sich ihr Jemand mit solchen Bemerkungen aufdränge. Wir legen auch von vorn herein Verwahrung dagegen ein, daß wir eine solche Intention hegen; trotzdem erachten wir es als unsre bürgerliche Pflicht, diese Frage öffentlich zu stellen. Vielleicht ergreifen auch andre Blätter das Wort in dieser Angelegenheit, und solche Stimmen kann unsre Geistlichkeit dahin auffassen, daß das Volk sie für die religiöse Erziehung der Kinder um Hilfe anrufe.

Aus Nr. 39 der Nowiny Raciborskie
vom 1. April 1899:

Rudy.

Während der Passionszeit hielt an einem Sonntage der Prälat Thiehl eine Predigt über die Trunksucht, in welcher er u. A. Folgendes sagte: In keinem Volke herrscht eine solche Gefräßigkeit und Trunksucht, wie unter dem polnischen. Das polnische Volk ist gutmüthig, gottesfürchtig, besucht fleißig die Kirche, hat schöne fromme Lieder und ist so opferfreudig, daß es zu verschiedenen wohlthätigen Zwecken, zu Kirchenbauten und heiligen Messen Opfer bringt und doch ist es so trunken, rauf- und prozeßsüchtig, daß Viele ins Gefängniß dafür wandern müssen. Es ist ja richtig, daß unter dem polnischen Volke Verschiedenes vorkommt, doch wen trifft die Schuld daran? Diejenigen, welche der Schule die polnische Sprache und den polnischen Unterricht geraubt haben, sie sind die Schuldigen. Das Kind verbringt 8 Jahre in der Schule und so dumm, wie es hineinging, so dumm kommt es wieder heraus; dann begiebt es sich in die Welt, geräth als „polnischer Deutscher“ unter schlechte Kameraden und im Handumdrehen sitzt es im Gefängniß. Dies sehen bereits einige polnische Geistliche, die um das Seelenheil ihrer Schäflein besorgt sind, ein, sie sehen die Früchte des jetzigen Unterrichts, es sieht dies vielleicht auch jener Verstorbene, der Unkraut in den Weizen gesäet hat — möge ihm Gott der Herr dafür barmherzig sein! (Wir lassen die weiteren Ausführungen aus, denn obwohl sie ganz richtig sind, so könnte doch leicht eine Beleidigung darin gefunden werden.)

Aus Nr. 13 der Praca (Beiblatt zum Katolik)
vom 28. März 1899:

Königshütte.

Die Arbeiter des hiesigen Buddler- und Walzwerkes beschwerten sich darüber, daß die Arbeitgeber verlangen, in der Nachtschicht vom Sonnabend zum Sonntag solle bis früh 6 Uhr, mitunter auch eine viertel oder halbe Stunde länger gearbeitet werden. Früher war dies nicht der Fall, aber nachdem es im Jahre 1874 einmal so eingeführt wurde, will man es jetzt nicht mehr ändern, obwohl verschiedene Erleichterungen in manchen Arbeitszweigen eingeführt wurden und es sogar ein Gesetz giebt, welches die Heilighaltung der Sonn- und Feiertage gebietet. Gewöhnlich müssen wir nach der Nachtschicht am Sonntag Mittags wieder zur Arbeit antreten, um die erforderlichen Reparaturen auszuführen. Diese Sonntagsarbeit dauert 2, manchmal 2½ bis 3 Stunden. Abends um 11 Uhr ist gewöhnlich schon der vierte Buddler am Ofen, vor 1 Uhr nach Mitternacht kommt dann der dritte, vor 2 Uhr der zweite und vor 3 Uhr früh der erste. An den Sonntagen ist die Arbeit also eine recht schwere. Die Ruhe ist keine genügende, denn wenn der Arbeiter von der Nachtschicht müde und schmutzig nach Hause kommt, so kann er kaum sich etwas waschen, etwas Nahrung zu sich nehmen und ausruhen. Vom Gottesdienst ist an einem solchen Sonntage leider bei den Meisten gar keine Rede. Ebenso ist es Nachmittags. Man muß sich etwas schlafen legen, denn in der Nacht geht es an eine schwere Arbeit und es kann sich leicht ein Unglück ereignen, wenn der Arbeiter schwach werden und in Folge von Ermüdung nicht aufpassen sollte. Die Arbeiter wünschen und bitten, am Sonnabend solle die Schicht wieder nur bis Mitternacht, wie es früher war, eingeführt werden. Das läßt sich durchführen, die Herren mögen nur guten Willen zeigen und Rücksicht auf die Arbeiter nehmen.

Aus dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 40 der Gazeta Grudziadzka
vom 4. April 1899:

Die Charlottenburger Versammlung war in der That sehr interessant, denn es hat sich dort gezeigt, welche Auffassung manche deutschkatholische Geistliche über ihre seelsorgerischen Pflichten haben.

In Charlottenburg bei Berlin giebt es gegen 10 000 Polen, welche mehr als den dritten Theil der katholischen Parochie bilden. Schon seit langer Zeit bemühen sich dieselben vergebens um die Abhaltung des polnischen Gottesdienstes, bisher jedoch vergeblich. Sie wählten eine Anzahl Vertrauensmänner, welche sich um die Erreichung ihres Vorhabens bemühen sollten. Diese Kommission war bei dem bischöflichen Delegaten in Berlin, ohne dadurch etwas erreicht zu haben; alsdann begab sie sich zum Charlottenburger Propste. Dieser Propst lehnte die Bitte der Polen ohne weiteres ab und sagte noch etwa Folgendes: „Ich liebe weder die Polen noch ihre Sprache und gebrauche letztere nur mit Widerwillen. Vom polnischen Gottesdienste mag ich nichts wissen. Mögen doch die Polen deutsch lernen; wozu Brod sie essen, dem müssen sie sich anzupassen suchen und dessen Sprache reden.“

Bei einer anderen Gelegenheit, als die Polen darum baten, daß man einem gewissen polnisch sprechenden Pfarrer gestatte, in der Charlottenburger

Kirche eine polnische Predigt zu halten, sagte jener Propst: „Ich erlaube es nicht! Eine polnische Predigt und ein polnischer Gesang wird in meiner Kirche niemals abgehalten werden!“

Und diese Worte kamen aus dem Munde eines katholischen Geistlichen!

Der Heiland gebot den heiligen Aposteln, alle Völker in ihren Zungen zu lehren. Seinen Nächsten zu lieben als sich selbst, das ist die Pflicht eines jeden Katholiken! Und hier gesteht ein katholischer Priester, daß er gegen seine eigenen Parochianen Abneigung zeige, weil sie Polen seien. Ist das nicht empörend, daß ein katholischer Geistlicher verlangt: Was Brod man isst, dem muß man sich anzupassen wissen, des Sprache muß man sprechen! Die Polen sollen also ihrer Sprache und ihrer Nationalität sich entäußern. Hat denn jener geistliche Germanisator in Charlottenburg es sich nicht überlegt, daß er mit seinem unkatholischen Verhalten seine polnischen Parochianen abtödt und sie in die Reize der Sozialdemokratie treibt?

Die Charlottenburger Polen beschloßen am Ende eine Petition abzufassen, sie mit möglichst vielen Unterschriften zu versehen und die Bemühungen beim bischöflichen Delegaten in Berlin zu erneuern.

Sozialdemokratisches.

Aus Nr. 12 der Gazeta Robotnicza
vom 25. März 1899:

Eine Frauenversammlung.

Aus Posen.

Am vergangenen Sonntag fand im BazarSaale eine Versammlung polnischer Mütter statt. Bekanntlich ist der polnische Lese- und Schreibunterricht in den Schulen beseitigt worden, die polnischen Kinder verkommen in Folge dessen geistig. Um dem nach Möglichkeit zu steuern, nahmen polnische Familien, die sich mit dem Unterrichte ihrer Kinder selbst nicht befassen können, in ihr Haus gerne andere Frauen auf, welche die Kinder im Lesen und Schreiben unterrichteten. Jede rechtschaffene Regierung würde ein solches Verfahren loben und sich freuen, weniger ungebildete und mehr gebildete Bürger zu haben. Anders denkt darüber die preußische Regierung. Die Posener Polizei lud, als sie von dem Unterrichte in den Privathäusern Kenntniß erhalten hatte, die Mütter und die Kinder vor, bat die Mütter zur Thür hinaus, forschte aber die verängstigten Kinder aus, wer ihnen Unterricht erteile. Als nun die Polizei die Namen der unterrichtenden Frauen erfahren hatte, setzte sie gegen jede eine Geldstrafe in Höhe von 100 Mark oder eine entsprechende Haftstrafe fest.

Solche „Wunder der Tapferkeit“ vollführt die preußische Regierung an den armen, aber edlen Frauen, die da bestrebt sind, die Bildung zu verbreiten. Wenn man dies einem Wilden erzählen würde, würde er es nicht glauben und doch ist es in Posen eine vollende Thatsache am Ende des neunzehnten Jahrhunderts, im 51. Jahre nach der großen Revolution, wo die preußische Regierung allen Bürgern die Gewissensfreiheit heilig garantierte. In Folge dieses Verbotes der Ertheilung des Privatunterrichts an Kinder und der drakonischen Strafen fand die oben erwähnte Protestversammlung der Frauen statt. Der Saal war von Teilnehmerinnen gefüllt. Den Rednerinnen, welche Protest gegen die Einschränkung der göttlichen und natürlichen Rechte seitens der

preußischen Regierung erhoben, fehlte es nicht an Energie und zutreffender Begründung. Zum Schluß wurde ein entsprechender Beschluß gefaßt, der gleich im Saale von 600 Frauen unterschrieben wurde.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 63 der Nowa Reforma
vom 23. März 1899:

Die Polinnen gegen die Regierung. — Zwei großartige Versammlungen.

Posen, 20. März.

Gestern herrschte in Posen eine außerordentliche Bewegung. Es haben zwei große polnische Versammlungen stattgefunden — und noch dazu was für Versammlungen. Zum ersten Male haben die großpolnischen Frauen eine politische Versammlung einberufen und legten dadurch ein beredtes Zeugniß ihrer politischen Reife und warmen polnischen Patriotismus an den Tag. In dem großen BazarSaale versammelten sich gegen 500 Frauen, Mütter, Jungfrauen der Intelligenz, dem Handwerker- und Arbeiterstande der Stadt Posen angehörig; sogar Landfrauen aus der Umgegend von Posen waren anwesend, um ihre Entrüstung auszudrücken und feierlichst gegen den neuesten Barbarismus der preußischen Behörden, gegen die Bestrafung solcher Frauen und Jungfrauen zu protestiren, welche uneigennützig unseren armen Kindern polnischen Unterricht, den sie in der Schule entbehren, erteilten. Dafür, daß sie eine humane und edle Pflicht erfüllten, dafür, daß sie die Mütter der Kinder des Handwerker- und Arbeiterstandes vertreten haben, und aus edelsten Beweggründen die Muttersprache lehrten, was eigentlich Aufgabe der Schule ist, welche sie aber mit Vorbedacht nicht erfüllt, dafür ist jeder einzelnen der zahlreichen Damen eine Geldstrafe von 100 Mark — oder 5 Tage Haft angedroht worden. In dem zivilisirten Preußen hat mit Bezug auf die Polen das Lösungswort Goethes: „Mehr Licht“ keinen Werth mehr, sondern das kruzritterliche: „Weniger Licht“, und die den Frauen angedrohten Strafen sagen doch wohl soviel wie ganze Bände.

Auch unsre ganze Gemeinschaft ist bis ins Innerste empört. Vor kaum einer Woche tauchte der Gedanke auf, daß die Bürgerchaft der Stadt Posen ihrer tiefen Erbitterung und Empörung öffentlich Ausdruck gebe und gestern schon wurde dieser Gedanke in der wahrhaft herrlichen Manifestation verwirklicht. Den Männern folgten unsre patriotischen Polinnen vollkommen selbständig und ohne Beeinflussung. Nur die gemeinschaftliche Pflichterfüllung, das gemeinschaftliche Gefühl des ihnen geschehenen Unrechts und die gemeinschaftliche Ueberzeugung der nothwendigen Vertheidigung dem neuesten preußischen Barbarismus gegenüber, haben diese bei uns ungewöhnliche Frauenbewegung hervorgerufen. Nachdem die Versammlung der Männer beschloßen und einberufen war, entschloßen sich die Frauen, diese Manifestation zu unterstützen und sie kamen überein, eine Frauenversammlung abzuhalten, welche den Beschlüssen der Männerversammlung beitreten soll.

Das Herz freute sich beim Anblick dieser so herrlichen politischen Frauenversammlung, welche, wie bereits oben erwähnt, die erste in Posen gewesen ist. Innerhalb dreier Tage haben die Frauen diese Versammlung einberufen, Frauen haben sie geleitet, die Resolutionen haben die Frauen selbständig verfaßt, sie haben selbständig Reden gehalten und zwar in solch parlamentarischer Form, als ob sie schon seit längerer Zeit an öffentliches und politisches Auftreten

gewöhnlich seien, so daß es sogar dem die Versammlung überwachenden preussischen Beamten in hohem Maße imponierte. Das war eine wahrhaft elementare Bewegung, wahrhaft spontan, und die schönen, verständigen, warmen und patriotischen Reden der Damen Dmanowska und Heyducka, sowie der ganze Verlauf der Versammlung, mußte die gegenwärtige kaiserliche preussische Regierung überzeugen, daß sie mit ihren Placereien zu weit gegangen sei, da jetzt auch die polnische Frau, als sehr werthvoller, thatkräftiger Faktor, voller Feuereifer für die Vertheidigung der nationalen Sache in der politischen Arena auftritt. Es war ein rührender Augenblick, als zwei Frauen aus dem Handwerkerstande in graden, aber tiefempfundenen Worten, zu erzählen begannen, wie man ihre Kinder auf die Polizei nahm und ihnen dort ein Geständniß abzwang, von welchen Damen sie unterrichtet werden, und was dieselben lehren; ebenso rührend war es, als die Frauen aus dem Volke erzählten, wie entrüstet sie über dieses Auftreten waren und wie sie die Damen der höheren Stände baten, ihre Kinder fernerhin in der polnischen Sprache zu unterrichten; ferner, wie grade aus dem Munde der Frauen niederer Stände Worte der Entrüstung über das thatsächlich empörende Auftreten der Behörden ehrenwerthen Damen, den Beschützerinnen der Kinder gegenüber laut wurden und als schließlich nach der von Fräulein Heyducka voller Eifer gesprochenen Rede eine Landfrau aus der Vorstadt Posen, augenscheinlich zu einer Rede nicht vorbereitet, mit graden Worten den Damen dankte, daß sie die armen polnischen Kinder, trotz der Polizeistrafen, nicht verlassen wollen.

Nach der Versammlung haben alle Theilnehmerinnen eine Resolution unterschrieben, welche sich den Beschlüssen der Männerversammlung anschließt. Von 3 bis 6 Uhr Nachmittag, dem Augenblick der Männerversammlung, sind über 600, wörtlich über sechshundert Unterschriften gesammelt worden. So haben sich unsere Frauen bei ihrem ersten, in jedem Falle gelungenen politischen Auftreten, ans Werk begeben.

Die Versammlung der Männer begann gestern um 6 Uhr und war eine nicht minder herrliche Manifestation. Es betheiligten sich daran so viele, daß sich der große BazarSaal als zu klein erwies; er war derart angefüllt, daß darin ein furchtbares Gedränge herrschte. Die Gänge, welche zum Saale führen, der Hof und die Straße vor dem Bazar, waren mit einer Menschenmenge angefüllt, welche keinen Eingang zum Saale gefunden hat. Und wieder waren es der Handwerker- und Arbeiterstand, welcher das größte Kontingent der Theilnehmer stellte, die Intelligenz war nicht sehr vertreten. Aber grade darin liegt eine für uns sehr erfreuliche Erscheinung, daß die stärksten Schichten unserer Gemeinschaft so heißes Verlangen tragen, ihre patriotischen Empfindungen kund zu geben. Diese Volkskraft stellte für die Versammlung die eifrigsten Theilnehmer; jedes heiße Wort der Redner rief ein lebhaftes Echo und eine unbeschreibliche Begeisterung hervor; die Entrüstung der Redner über das Auftreten der Behörden hat grade dort die größte Entrüstung hervorgerufen, welche alle Augenblicke aus aller Kraft hervorbrach. Die Herren Minister hätten Wunderdinge gehört, wenn das Komitee, welches die Versammlung einberufen hat, eine allgemeine Diskussion erlaubt hätte. Die Zeiten, in denen Bismarck sagte, daß nur der Adel und die Geistlichkeit zu den Unzufriedenen in Polen gehören, sind längst vorüber. Die preussische Regierung hat sich mit ihrer scharfen und sinnlosen Politik grade in den unteren Volksschichten unzufriedene Elemente herangezogen, welche, wie die gestrige Versammlung zeigte, auch patriotisches Empfinden besitzen, das sie vor dem internationalen Sozialismus schützt, der, Gott sei Dank, bei uns bis jetzt noch keinen fruchtbaren Boden gefunden hat. Es war eine Freude zu sehen wie

die Leute aus der Werkstatt, von der Kelle und vom Spaten auf jedes Wort über die Verfolgung der Muttersprache reagierten und dies beweist, daß sie ein bedeutender Faktor in unserm allgemeinen nationalen Budget sind, mit welchem die Regierung wird mit Ernst rechnen müssen.

Im Namen der Intelligenz sprach in der Versammlung der Rechtsanwalt von Chrzanowski, im Namen der Handwerker der Schlosser Lewalski, im Namen der gewöhnlichen Arbeiter sprach in aufrechten, von Herzen kommenden Worten der Arbeiter Luczynski. Namentlich die einfachen Worte des Letzteren trafen in die Herzen des versammelten Volkes, welches mit donnernden Beifallsrufen und tobenden Beifallsbezeugungen alle Augenblicke den patriotischen Ausführungen desselben beistimmte. Herrlich war der Ausbruch des patriotischen Gefühls der Versammelten, als der Vorsitzende bekannt machte, daß in der Versammlung eine Deputation der Frauenversammlung eingetroffen sei, welche eine Resolution, die mit über 600 Unterschriften versehen sei und den Beschlüssen der Männerversammlung beitrete, überreicht habe. Im Saale herrschte eine unerhörte Begeisterung; zu Ehren der Frauen, welche in der Männerversammlung die Galerie des BazarSaales füllten, wurden enthusiastische Beifallsbezeugungen ausgebracht.

Einstimmig wurde die vortrefflich verfaßte Petition, welche gegen das barbarische, antikulturelle Auftreten der Posener Polizei gegen die polnischen Frauen protestirt, angenommen. Die Petition kann im Laufe dieser Woche unterschrieben werden, wonach sie von der polnischen Fraktion dem preussischen „Kultus“-Minister (sit venia verbo!) vorgelegt werden wird. Auf den Erfolg dieser Petition sind wir sehr gespannt. Für den Minister wird dies eine harte Nuß sein. Die Regierung mußte aber aus diesen beiden gestrigen Versammlungen viel lernen.

Aus Nr. 72 der Nowa Reforma
vom 29. März 1899:

Posen, 25. März.

Mit dem Diplomatismen haben die Polen in der Aera nach der Theilung stets schlecht abgeschnitten. Der neueste Beweis dafür war die bei uns betriebene seltsame Versöhnungspolitik, welche mit einem so fatalen Fiasco für ihre Initiatoren und Vertheidiger und in der Folge auch für die Volksgemeinschaft geendet hat, die heute mehr als je von seiten des feindseligen Regierungssystems verfolgt wird. Man mußte annehmen, daß sich nach den bekannten traurigen Erfahrungen namentlich deswegen, weil gegenwärtig aus jeder Rede der Minister uns der unheilverkündende und brutale Ruf „Vae victis!“ entgegenschallt, die halbamtliche und private Polenbegehe wahre Orgieen feiert, und das gesammte Kreuzritterthum uns einen Kampf auf Tod und Leben angekündigt hat, bei uns Niemand finden werde, der von der unglückseligen Versöhnungsmanie nicht gründlich geheilt wäre. So mußte es scheinen. Leider ist dies nicht der Fall. Es bestehen noch die Trümmer des einstigen versöhnungsparteilichen Lagers, denen es scheint, daß man durch Diplomatismen und gewisse der Regierung gemachte Konzessionen, deren heute so sehr ausgeprägte polenfeindliche Gesinnung mildern und ihr etwas abhandeln könne. Es sind das unheilbare Politiker, die aber immerhin noch einflußreich genug sind, um von Zeit zu Zeit in der Oeffentlichkeit gewichtig in die Waagschale zu fallen. Ihr Einfluß macht sich in der schwachen oppositionellen Aktion unserer parlamentarischen Körperschaften fühlbar. Ich bin fürwahr kein Freund politischen Maulheldenthums, aber das wird jeder, der die gradezu herausfordernden,

von Lüge, Heuchelei und Unkenntniß unsrer Verhältnisse strotzenden Reden der Minister gelesen hat, zu geben, daß die Bertheidigerstellung unsrer Abgeordneten mit einigen löblichen Ausnahmen (die Reden der Abgeordneten von Szarlinski, Motty, von Grabski und von Brodnicki) eine relativ schwache, den ministeriellen Angriffen nicht entsprechende gewesen ist.

Glaceehandschuhe sind gut, dann und wann sogar unentbehrlich, nicht jedoch einem Feinde gegenüber, der nur mit der Fuchtel zuschlägt und nicht die mindeste Lust zum diplomatisiren verräth. Vielleicht wird man mir sagen: „Die Reichstagsfraktion hat doch im verflossenen Jahre die Marinevorlage und in diesem Jahre die Militärvorlage abgelehnt!“ Das ist wohl wahr, aber daheim hat das diplomatische Verhalten des Repräsentanten der Fraktion in der Budgetkommission Aufsehen erregt, da derselbe im vorigen Jahre für die verlangten Schiffe gestimmt hat, in diesem Jahre aber bei der entscheidenden Abstimmung in der Kommission sich „drückte.“ Im Plenum stimmte die Fraktion zwar sowohl gegen die Vorschläge der Regierung, als auch gegen die vom Centrum vorgeschlagenen Abänderungen; sie that das aber im Stillen, ohne ihren Standpunkt zu erkennen zu geben, als schämte sie sich ihrer Opposition. Man hätte doch ohne jedwede Provocation dorthin können, weshalb sich die Volksgefamtheit angesichts aller der Unbill und der Verfolgungen, denen sie von Seiten der Regierung ausgesetzt ist, nicht für die Verstärkung der Militärmacht des Staates erwärmen kann, und daß sie ihm keine Vermehrung der an und für sich schon allzu starken Zahl der polnischen Rekruten zugestehen will. Wir wollen uns aber, solange wir nicht Leute von einer energischeren Tonart in die Fraktion bekommen, damit zufrieden geben, daß unsre Volksvertreter sich, wenn auch schweigend gegen die Heeresverstärkung erklärt haben, namentlich inbetracht dessen, daß man versucht hat, die Fraktion nach der entgegengesetzten Richtung hin zu beeinflussen.

Doch ist noch Schlimmeres vorgekommen. Den Lesern der *Nova Reforma* wird wohl bekannt sein, daß die Regierung gewillt ist, das Deutschtum zu fördern, u. A. auch mit Hilfe sogenannter kultureller Mittel, und daß sie zu diesem Zwecke in Posen eine Bibliothek und ein Museum gründen wird. In der Budgetrede schrieb der Minister von Miquel diesen beiden Instituten eine hervorragende germanisatorische Bedeutung zu. Die polnische Landtagsfraktion zog daraus die entsprechende Konsequenz und erklärte sich gegen die betreffenden Positionen, trotzdem der Ministerialdirektor Althoff in dem Bestreben, den üblen Eindruck der Rede des Ministers von Miquel zu verwischen, versprach, daß die Regierung nicht daran denke, Werke unsrer vaterländischen Litteratur und Kunst aus den projektirten Instituten auszuschließen. Denselben ablehnenden Standpunkt in dieser Angelegenheit nahmen auch die polnischen Mitglieder der Posener Stadtverordnetenversammlung ein, indem sie die regierungsseitig von der Stadt für die gedachten Institute geforderten Subventionen mit Rücksicht auf den vom Minister von Miquel ausdrücklich hervorgehobenen, polenfeindlichen Zweck der ersteren nicht bewilligten. Jetzt kam die Reihe an den Provinzial-Landtag des Großherzogthums Posen, von dem man ebenfalls eine ständige Subvention für die Bibliothek und das Museum gefordert hatte. Dieser Provinzial-Landtag ist angeblich ein Institut der provinziellen Selbstverwaltung, doch entbehrt es absolut der politischen Bedeutung und des Einflusses. Die Regierung gestattet den Provinzial-Landtagen sich mit Wegenbau-Angelegenheiten, mit der Unterhaltung der Provinzial-Irren- und Korrekptionsanstalten mit Feuerversicherungsangelegenheiten, kurz, mit der Auslieferung neuer außerstaatlicher Abgaben auf die Bewohner der Provinz zu befassen. Im Posenschen ist diese provinzielle Selbstverwaltung noch mehr be-

schränkt als in anderen Provinzen. Unsrer Bevölkerung hat schon seit Langem aufgehört, dem Landtage irgendwelche höhere Bedeutung beizumessen; sie sieht ihn nur als ein noch weniger Rechte als früher besitzendes Ueberbleibsel aus den Zeiten vor Verleihung der Verfassung an. Sein vorsintfluthlicher Charakter tritt auch darin zu Tage, daß die Presse keinen Zutritt zu ihm hat. Das Bureau des Landtages übermittelt den Blättern fertige, nach seinem Gutdünken zurechtgestutzte Berichte. Gemäß der reaktionären Verfassung des Landtages führen in ihm die Großgrundbesitzer den Reigen. Dank dem Verfall des polnischen Großgrundbesitzes, dank dem Umstande, daß unser Adel den Boden der Väter veräußert hat, gestalten die Polen zum Landtage weniger als den dritten Theil der Mitglieder, sodaß die deutschen Junker darin den Ton angeben.

Aber auch die überwiegend oder vielmehr ausschließlich dem Adel angehörigen, wenigen polnischen Landtagsmitglieder haben in Sachen der Bibliothek und des Museums in der eben abgelaufenen Sitzungsperiode eine erbärmliche Rolle gespielt. Die Trümmer der seligen Versöhnungspolitik versuchten es in dieser durchaus ungeeigneten Arena mit der Regierung zu „diplomatisiren“, und sie bewirkten, daß die polnischen Mitglieder einstimmig eine Subvention für die gedachten germanisatorischen Institute bewilligten. Man redete ihnen ein, die oben erwähnte Erklärung des Ministerialdirektors Dr. Althoff, worin versprochen wurde, daß auch Werke der polnischen Litteratur und Kunst in der Bibliothek und im Museum Berücksichtigung finden sollten, sei für die Regierung bindend, diese Institute würden wirklich kulturellen Charakter haben und daher zieme es den Polen nicht, gegen die Kulturwerke aufzutreten. In einer Versammlung der polnischen Landtagsmitglieder schloß sich die Mehrheit dieser Anschauung an, und da die Polen in solchen Fällen solidarisch stimmen, erklärten sich bei der Abstimmung im Plenum alle für die Subvention, nachdem sie vorher die Erklärung abgegeben hatten, daß sie so handelten mit Rücksicht auf das vom Ministerialdirektor Dr. Althoff abgegebene Versprechen.

Man muß in der That die Leichtgläubigkeit unsres Adels bewundern, der sich so leicht hat auf diesen Leim fähren lassen. Solch ein Ministerialdirektor ist heute da, morgen aber verschwunden, und er hat übrigens den Anordnungen seiner Vorgesetzten nachzukommen, der Minister von Miquel aber, der heute die Seele der preussischen Regierung ist, hat den erwähnten Instituten ausdrücklich ein germanisatorisches Mal aufgedrückt. Das hätte für jeden Polen ausreichen müssen, es reichte auch unsrer maßgebenden politischen Vertretung im preussischen Landtage hin; es genügte ferner den polnischen Mitgliedern der Posener Stadtvertretung, abgesehen von dem Empfinden der allgemeinen Mehrheit der Volksgefamtheit. Die polnischen Mitglieder des Provinziallandtages haben sich, indem sie entgegen den ablehnenden Beschlüssen unsrer beiden gedachten politischen Körperschaften stimmten, — um die Sache beim richtigen Namen zu nennen, einen Bruch der nationalen Solidarität zu Schulden kommen lassen. Denn welche Miene wird die polnische Landtagsfraktion aufstecken, wenn Herr von Miquel dorthin wird, daß die Vertreter der Polen im Provinziallandtage das ablehnende Votum der Fraktion direkt desavouirt hätten? Wie unangenehm muß es den Mitgliedern der Posener Stadtverordnetenversammlung sein, daß sie sich aus denselben Beweggründen, wie die polnische Fraktion, gegen die Subventionirung jener Institute durch die Stadt ausgesprochen haben, also gegen die Verwendung von aus den polnischen Taschen stammenden Mitteln zu Gunsten von Instituten, die, wie dies Minister von Miquel hervorgehoben hat, direkt germanisatorischen Zwecken dienen sollen! Die pol-

nischen Mitglieder des Provinziallandtages, welche durch die unberufenen Trümmer der Versöhnungspolitik hypnotisiert worden sind, mögen mir meine Worte verzeihen! Wenn sie tiefer in den Kern der Sache eindringen, werden sie selbst zugeben, daß sie auf Glatteis geführt worden sind, und daß sie sich zum Schaden der nationalen Sache dadurch unsterblich blamierten, als sie sich in so fataler Weise in Widerspruch gesetzt haben zu der Meinung unsrer Abgeordneten im preussischen Landtage.

Ihr Schritt kann ein sehr gefährlicher Präzedenzfall für die Zukunft sein. Zur Genüge ist der Grundsatz der nationalen Solidarität, dieses kräftigsten Schutzwalls unsrer politischen Selbstverteidigung, durch zentrifugale Elemente angetastet worden; ein noch erheblicheres Untergraben dieses Schutzwalls ist doch kaum die Aufgabe der Trümmer unsres Adels. Wenn letzterer wenigstens darauf rechnen könnte, daß die Regierung diese seine „Diplomatie“ und seine nationale Abdanfung anerkennen und sich auf sprachlichem Gebiet mehr rücksichtsvoll erweisen werde; doch die Reden der Minister müßten den Adel überzeugen, daß das kreuzritterliche Gewissen der Regierung hart, und daß nicht die Rede daran ist, daß die Minister auch nur um ein Jota von der gegenwärtig verschärften polenfeindlichen Bismarckschen Politik abweichen werden. Hat doch die Regierung sogar die in den sprachlichen Forderungen unerhört bescheidene Bittschrift der oberschlesischen Geistlichkeit, welche — und zwar nur aus religiösen Gründen — polnischen Sprachunterricht für die Elementarschule und nur in dem Umfange verlangte, in welchem man dem aussterbenden Volksstamm der Lithauer in Ostpreußen Sprach-

unterricht zugestanden hat mit einem kategorischen „non possumus“ beantwortet, und der Kultusminister Bosse begründete seinen ablehnenden Bescheid mit der wahrhaft idiotischen Behauptung, daß die Berücksichtigung der Forderungen der Bittschrift zu einer Benachtheiligung des Deutschtums führen würde. Durchaus unzeitgemäß war also jene Diplomatie der polnischen Mitglieder des Provinziallandtages namentlich inbetracht dessen, daß unsre ganze Nation ungeheure Erbitterung und Schmerz ergriffen hat aus Anlaß der Unbill, die sie auf der ganzen Linie auf dem sprachlichen Gebiet erfährt. Und diese Unbill greift selbst in das intimste Innere des Elternhauses über; man dringt sogar bis zu den ehrenwerthen und edlen Damen vor, die mit Bezug auf die arme, polnische Schuljugend uneigennützig das gut zu machen und zu vervollständigen sich bestreben, was die Schule absichtlich versäumte. Diese Erbitterung hat einen berechneten Ausdruck in den beiden Volksversammlungen gefunden, und heute vereinigt sich mit diesem Ausdruck der Entrüstung der große, 20 000 Einwohner zählende Vorort von Posen, Jerzitz. Es ist also nicht die Zeit zu erbärmlichem Diplomatisiren; dabei schneiden wir immer schlecht ab. Heute gilt es, das Diplomatisiren zu unterlassen, die Kräfte um den häuslichen Herd zu konzentriren und innerhalb desselben mannhaft und würdig die Geisteskräfte und die Sprache der Nation zu verteidigen. Wenn an dem falschen Diplomatisiren der polnischen Mitglieder des Posener Provinziallandtages nur nicht unser altes Sprichwort in Erfüllung ginge: „Nach dem Schaden ist der Pole klug!“

